

# Quellen zur Frühgeschichte der NSDAP in Backnang

## 4. Teil: Anfang Januar bis 23. April 1932

Hrsg. von Gerhard Fritz

### Hinweise zu den nachfolgenden Quellen

Der erste Teil der Quellenedition zur Frühgeschichte der Backnanger NSDAP umfasste die Jahre 1922-1929, der zweite das Jahr 1930 und der dritte das Jahr 1931. Der vierte, heuer vorgelegte Teil umfasst nur wenige Monate, nämlich die Zeit von Anfang Januar bis 23. April 1932. Wenn diesmal nicht einmal ein ganzes Jahr präsentiert werden kann, dann liegt dies schlicht und einfach daran, dass das Jahr 1932 eine derartige Menge an politischen Aktivitäten umfasst, dass diese alle Dimensionen sprengt: 1932 wurde fünfmal gewählt: Zweimal gab es Reichspräsidentenwahlen (erster Wahlgang am 13. März, zweiter Wahlgang am 10. April 1932), einmal Landtagswahlen (am 22. April 1932) und zweimal Reichstagswahlen (im Juli und im November 1932). Das heißt: Im Grunde war fast das ganze Jahr 1932 über Dauerewahlkampf.

Alle diese Wahlen fanden vor dem Hintergrund einer dramatischen Wirtschaftslage statt. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise gab es 1932 in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Das mag angesichts der heutigen hohen Arbeitslosenzahlen von fünf Millionen gar nicht allzu dramatisch klingen – der entscheidende Unterschied zwischen 1932 und heute ist aber, dass der allgemeine Wohlstand heute um ein Vielfaches größer ist als damals und dass die Sozialsysteme 1932 bei weitem nicht so leistungsfähig waren wie heute. Wer 1932 arbeitslos war, stand am Rande des Verhungerns. Wer heute arbeitslos ist, besitzt i. d. R. trotzdem noch einen Fernseher oder gar ein Auto und leistet sich nicht selten noch die eine oder andere Urlaubsreise. 2006 ist das wirtschaftlich not-

leidende Deutschland immer noch attraktiv genug, Ziel von Arbeitsmigranten und Asylsuchenden zu sein. 1932 kam niemand freiwillig in das krisengeschüttelte Land.

Die Wirtschaftskrise von 1932 hatte eine maßlose Radikalisierung zur Folge. Diese drückte sich in der Zunahme der radikalen Parteien – der NSDAP auf der Rechten, der KPD auf der Linken – aus, aber auch in der Radikalisierung und Brutalisierung des politischen Lebens. Zunehmende politische Gewalttätigkeit hatte schon die Jahre 1930 und 1931 ausgezeichnet. Die bereits veröffentlichten Quellen zu diesen Jahren unterstreichen dies nachhaltig. Das Jahr 1932 stellte die beiden vorausgehenden Jahre in dieser Hinsicht bei weitem in den Schatten.

Schon die Quellen zur Reichspräsidentenwahl und zur Landtagswahl, die wir diesmal veröffentlichen, lesen sich wie ein Horrorkabinett der politischen Eskalation. Bei der Reichspräsidentenwahl griff Adolf Hitler erstmals nach der Macht. Er hoffte, als künftiger Reichspräsident Deutschland beherrschen zu können. Seine Partei saß seit 1930 mit etwa 18 % der Stimmen als zweitstärkste Partei im Reichstag und profitierte vom wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Hitlers Griff nach dem Reichspräsidentenamt hatte kuriose Konsequenzen: Um Hitler abzuwehren scharten sich auf einmal die gemäßigten Parteien der Republik um den alten Reichspräsidenten, den Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Obwohl der 1847 geborene Hindenburg als alter Offizier und Kriegsheld des Ersten Weltkriegs alles andere als ein überzeugter Demokrat war, hatte er sich nach seiner ersten Wahl zum Reichspräsidenten 1925 doch loyal an die Verfassung des Reiches gehalten und schien allemal kalkulierbarer als der extremisti-

sche Hitler. 1925 hatten die SPD und die diversen liberalen Gruppierungen noch gegen Hindenburg votiert, jetzt unterstützten sie ihn. Nach einem dramatischen Doppel-Wahlkampf – der erste Wahlgang brachte keine Entscheidung – konnte Hitlers Griff nach der Macht schließlich abgewehrt werden. Aber es zeigte sich, dass der mittlerweile fast 85 Jahre alte Hindenburg der komplizierten politischen Lage nicht mehr gewachsen war und dramatische Fehlentscheidungen traf. Diese Fehlentscheidungen – insbesondere die vorzeitige Auflösung des sich selbst blockierenden Reichstags und die Reichstagswahl vom Juli 1932 – sind allerdings nicht mehr Inhalt der diesjährigen Edition.

Gemessen an den beiden Präsidentenwahlen war die württembergische Landtagswahl vom 22. April 1932 weit weniger dramatisch. Immerhin ist evident, dass sich die NSDAP in Württemberg schwer tat und wesentlich schlechter abschnitt als bei den gleichzeitigen Landtagswahlen in Preußen.

Neu ist bei den Quellen zum Jahr 1932, dass sie sich nicht auf den im Stadtarchiv Backnang befindlichen Nachlass des damaligen NSDAP-Kreisleiters Alfred Dirr stützen. Dirr, der bis 1931 minutiös Buch über sämtliche Aktivitäten seiner Partei geführt hatte, war offenbar von dem Dauerwahlkampf des Jahres 1932 derart beansprucht, dass er keine Muße mehr für eine genaue Dokumentation hatte. Sein Nachlass enthält für 1932 fast nichts – und das Wenige wird erst in der nächsten Fortsetzung veröffentlicht werden. Die Quellen des Jahres 1932 beruhen ausschließlich auf einer Auswertung des „Murrthal-Boten“. Diese Auswertung ist allerdings so ergiebig, dass das Fehlen von Quellen aus dem Nachlass Dirr – außer was die diesmal fehlenden Fotografien angeht – nicht ins Gewicht fällt.

Die in Fettdruck, unterschiedlicher Schriftgröße und in gesperrtem Druck wiedergegebenen Hervorhebungen der Annoncen wurden im Folgenden in etwas vereinfachter Form abgedruckt, nämlich jeweils in Normalschrift (statt der sonst in den Quellen üblichen Kursivschrift). Wie schon im vergangenen Jahr nehmen wir auch diesmal wieder die Aktivitäten der anderen Parteien und politischen Organisationen in den Wahlkämpfen (und auch in den wenigen ruhigeren Monaten) auf, da sich erst so ein sinnvolles Gesamtbild ergibt. Zusätzlich werden die beklemmenden regionalen Berichte zur wirtschaftlichen Lage aufgenommen.

Auffällig ist, dass die DNVP/Württembergische Bürgerpartei, die offenbar das Vertrauen

des Herausgebers des „Murrthal-Boten“ genoss, mit besonders vielen Annoncen und einer ausladend breiten redaktionellen Berichterstattung bedacht wurde. Ob die vielen Annoncen für die DNVP/WBP damit zu erklären sind, dass der eine oder andere Backnanger Industrielle tief in die Taschen griff und diese Annoncen bezahlte oder ob der „Murrthal-Bote“ Gratis-Annoncen gewährte, lässt sich nicht mehr feststellen. Stark vertreten war selbstverständlich auch die offenbar finanzkräftige NSDAP, während der SPD ersichtlich das nötige Geld fehlte, um die Materialschlacht in den Anzeigenspalten angemessen durchhalten zu können. Dass die KPD nur mit relativ wenigen Annoncen vertreten war und im redaktionellen Teil ziemlich stiefmütterlich behandelt wurde, verwundert nicht. Stattdessen finden sich immer wieder Erlebnisberichte aus Russland, die den Lesern zeigen sollen, wie das von der KPD gefeierte „Paradies der Arbeiter“ tatsächlich aussah. Die KPD und ihre Unterorganisationen verteidigten die Sowjet-Union in ihren Annoncen dagegen mit Vehemenz – und betätigten sich damit höchst erfolgreich als Bürgerschreck und trieben die bürgerlichen Wähler vielfach der NSDAP zu. Andere Parteien spielten in den Wahlkämpfen bis April 1932 eine geringe Rolle und hatten in Backnang offenbar keine nennenswerte Basis mehr. Typisch ist, dass der spätere Bundespräsident und damalige Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss in Backnang für seine DDP auf verlorenem Posten kämpfte.

Im übrigen soll auch in diesem Jahr hier keineswegs eine breit ausladende Interpretation der Wahlkämpfe und des politischen Lebens in Backnang geliefert werden. Das hier vorgestellte Material sei ausdrücklich den Geschichtslehrern in Backnang und Umgebung übergeben, die zusammen mit ihren Klassen und Kursen selbst mit Leichtigkeit in der Lage sein werden, die nötigen Interpretationen zu erarbeiten.

## 66. Bericht über einen Besuch eines deutschen Bauern im kommunistischen Russland

Quelle: MB 4. Januar 1932.

### **Ein deutscher Bauer besieht sich Rußland**

*Von einem ständigen Mitarbeiter.*

*Unlängst ging durch die ganze deutsche Presse die Nachricht, daß zum ersten Male eine deut-*

sche Bauerndelegation nach Rußland gereist sei. Ich hatte Gelegenheit, einen dieser Bauern über seine Eindrücke im heutigen Rußland zu befragen.

Nahe an der Tiroler Grenze am Hange eines Vorberges steht ein schmucker oberbayerischer Bauernhof. Im Sommer hängen Nelken von den Fenster-Blumenkästen herab und im Winter lastet schwer der Schnee auf dem breiten massiven Dache. Vom Bauernhof sieht man herrlichstes deutsches Land, die Berge. Gepflegte Äcker und saftige Wiesen umzäunen den Hof und es ist wirklich kaum zu glauben, daß diesen Bauernhof ein Kommunist bewirtschaftet. Ich gehe in das Zimmer, das sauber und ordentlich ist, hinein und finde den alten Bauern, die junge Bäuerin, einen Dienstboten und dann den jungen Hoferben selbst um den großen schweren Tisch im Herrgottswinkel versammelt vor. Der junge Bauer kommt auf mich zu, begrüßt mich aufs herzlichste in altbayerischer Art und beginnt dann sofort über seine Eindrücke in Rußland zu erzählen:

Die Bergbauern sind harte, aber fromme und gute Menschen. Sie sprechen wenig und abgehackt, aber was sie sagen, ist Wahrheit. Und dieses Empfinden hatte ich während seiner ganzen Erzählung. Und diese Erzählung ist wirklich wert, daß sie der großen Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

Als Bauern habe ihn zunächst die russische Landwirtschaft interessiert. Sein Eindruck war nicht der beste. Die Bauern in Rußland sind zwar gemütliche und arbeitsame Leute, aber sie leiden unter den Verhältnissen. Dieses Gefühl hatte man, wenn man mit ihnen sprach. „Unter dem Fünfjahresplan müssen wir viel leisten. Für das, was wir dem Boden abringen und dann an den Staat abliefern müssen, erhalten wir wenig. Wir müssen viel abliefern, damit uns der Staat Maschinen liefern kann.“ Die Bauern sprachen über ihre Sorgen offen: „Vor dem Fünfjahresplan hatten wir es besser. Und dann fehlt es nicht nur an Maschinen, sondern auch an Schuhwerk und Kleidung. Wer nicht bei der Kollektive ist, dem geht es schlecht. Kollektive wird vom Staat verlangt, und gegen den Staat zu stehen, ist nicht gut.“

Während der deutsche Bauer sich mit den ukrainischen Bauern, die deutsch sprechen, unterhalten konnte, fuhren über die Äcker die Traktoren. Die Traktorenfahrer jammerten, daß sie zu ihrer schweren Arbeit zu wenig Essen hätten. Das Essen sei knapp, weil der Staat auf

Ablieferungen besteht. Die Kollektivwirtschaft sei für den deutschen Bauern untragbar, erzählt mir der junge Bergbauer. Wir deutsche Bauern könnten nicht aus einer Schüssel essen, aus der das ganze Dorf isst. Man hat ja keine Freiheiten mehr. Furchtbar ist z. B. die Kommune. Ein Bauer in Russland, der sich der vom Staate gewünschten Kollektive noch nicht angeschlossen hätte, ist rechtlos. Er bearbeitet seine Felder mit den primitivsten Mitteln, weil ihm der Staat keinen Traktor zur Bearbeitung der großen Flächen zur Verfügung stellt. Dabei muss der „Kommune-Bauer“ genau so viel abliefern, wie der Kollektiv-Bauer. Kommt der Kommune-Bauer seinen Verpflichtungen nicht nach, dann wird er von seinen Dienstboten abgesetzt und diese Dienstboten wählen unter sich dann einen anderen als den führenden Bauer auf dem betreffenden Hofe. Dies wäre niemals mit dem Empfinden des freien deutschen Bauern zu vereinbaren. Immer wieder versichert mir das der deutsche Bauer, der nach Rußland gefahren ist, und dort kein Paradies, sondern mit dem guten Instinkt und den sehenden Augen eines Bauern ein Land sah, das noch sehr im argen liegt, für das er jede Schwärmerei nun verloren hat.

Der deutsche Bauer ist mit der Natur verwachsen und gerade deshalb sehr fromm. Aus diesem Grunde interessierte mich der Eindruck des deutschen Delegierten über **die Arbeit der Gottlosen**. In bewegten Worten – und dabei geht er ganz aus seiner Zurückhaltung heraus – schildert er mir **den Vernichtungsfeldzug der Gottlosen**. Ihm sei z. B. eine schöne Kirche gezeigt worden. Der Dolmetscher, der ihn begleitete, erklärte ihm: „**In dieser Kirche wird nicht gebetet**, sondern da gibt es Brot.“ Der Bauer schüttelte den Kopf, aber als ihn der Dolmetscher in das Innere der Kirche führte, **sah er Kaufläden darin**. Andere Kirchen seien in Kaufhäuser verwandelt. Einmal zeigte man ihm auf der Reise nach der Ukraine ein ehemaliges **Nonnenkloster**, das in eine Schuhfabrik verwandelt ist. Nur in einem einzigen Orte zeigte man den deutschen Bauern eine Kirche, in der noch Gottesdienste stattfinden. Die Bauern gehen dort um 6 Uhr morgens in die Kirche und dann zur Arbeit. Die einen arbeiten 8 Stunden, die andern von früh bis nachts. Sie gehen dann gemeinsam in ein großes Sammelgebäude zum Essen. Es gibt da keine Bauern mehr, sondern mehr landwirtschaftliche Arbeiter. Dem Bauern wurde der Hof genommen oder er hat sich, weil er sich in der Kommune nicht halten konnte,

der Kollektivwirtschaft zur Verfügung gestellt. Das Symbol der Landwirtschaft ist nicht nur das Madonnenbild im Bauernhause und der Pflug auf dem Acker, sondern das **Leninbild und der Traktor**. In jedem Bauernhause findet sich ein Bild des Revolutionärs Lenin. Einmal sah er ein Bild, das Bauern aus verschiedenfarbigen Erzen zusammengestellt hatten. Das ganze Bild war eigentlich eine Sammlung von landwirtschaftlichen Produkten, die zu dem Portrait Lenins geformt wurden. Aus dieser Einstellung der Bevölkerung war es auch erklärlich, dass **die Erlöserkirche in die Luft gesprengt wurde**. Auch er wurde in diese Prachtkirche vor einigen Wochen hineingeführt. Damals hatte man schon damit begonnen, die heiligen Bilder aus der Kirche zu entfernen und der Dolmetscher erzählte ihm, dass statt des Gotteshauses die **Residenz des heutigen Rußlands** errichtet werden sollte.

Als ich dem Bauern erzählte, dass die Kirche schon in die Luft gesprengt worden sei, schlägt er mit beiden Fäusten auf den Tisch und schüttelt ungläubig seinen Kopf. Er konnte es garnicht fassen, dass die Prachtkirche wirklich zerstört worden sei.

Während der Bauer so schwer unter den Verhältnissen zu leiden hat, geht es dem Arbeiter besser, was schon an der Kleidung auffallend ist. Als ich ihn nach dem Gesamteindruck von Rußland befrage, antwortet er mir, dass er enttäuscht sei. Zum Schluß versichert er mir nochmals: **„Für uns Bauern ist das nichts!“**

Karl Perktold-Traunstein

## 67. Bericht über den „Deutschen Weihnachtsabend“ der NSDAP am 29. Dezember 1931

Quelle: MB 5. Januar 1932.

### Deutscher Weihnachtsabend der NSDAP

**Backnang:** Am Dienstag, den 29. Dezember, fand im Fritz-Schweizer-Saal des Bahnhofhotels die Weihnachtsfeier der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt. Der Besuch war gut. Um 8 Uhr waren sämtliche Tische besetzt. Ein Marsch, gespielt von der SA-Kapelle unter Leitung von Herrn August Vogel, eröffnete den Abend. Hierauf begrüßte Sturmführer **Jonetz**

die Anwesenden herzlich. Das neugegründete Streichorchester spielte das „Largo“ von Händel. Über der Versammlung lag eine festliche Stimmung. Ein weiterer Marsch, „Das treue Herz“, folgte. Sehr schön vorgetragen wurde das Melodrama „Das Glöcklein von Inisfär“. Anschließend wurde vom Streichorchester die Ouvertüre zu „Dichter und Bauer“ wiedergegeben.

Der 2. Teil des Programms brachte den Höhepunkt des Abends. Die Kapelle spielte eine Volksliederfolge, in welche die Zuhörer fröhlich einstimmten. Ein Gedicht mit den Endzeilen: Sie haben vom Tode umgeistert, das deutsche Leben gemeistert, wurde sehr packend aufgesagt. Möge es im Hinblick auf die Gegenwart zur Wahrheit werden.

Dann wurde es weihnachtlich: Der Tannenbaum erstrahlte im Lichterglanze. Nun kam das Schwäbische Jungvolk mit einem Aufspiel „Fürs Vaterland“ auf die Bühne. Es war eine Freude, dem frischen aber doch ernsten Treiben der Jungen zuzusehen. Die Begeisterung für ihr Vaterland war offensichtlich. Zur Abwechslung wurden gymnastische Übungen und Pyramiden vorgeführt. Einige lebende Bilder mit Gedichtvortrag brachten die Furchtbarkeit des Krieges vor Augen.

Den Schluß des schönen Abends bildete der gemeinsame Gesang des Horst-Wessel-Liedes.

## 68. Bericht über eine Sitzung des Backnanger Gemeinderats, in der die dramatische Lage der Arbeitslosen Hauptthema ist

Quelle: MB 8. Januar 1932.

**Gemeinderatssitzung am Dienstag, den 22. Dezember 1931.** Anwesend der Vorsitzende und 15 Mitglieder. Abwesend die Stadträte Erlenbusch, Schweizer, Theurer und Weiß, Heller. [...] Ein Gesuch der auf der Bleichwiese beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen um Fortzahlung des Lohns über die Feiertage wird mit 11 gegen 4 Stimmen als unbegründet abgelehnt. Dabei wird auf die hiesigen Hilfsmaßnahmen hingewiesen. Nirgends sei so viel getan worden, wie hier. Die üble Lage der Erwerbslosen wird allgemein anerkannt, andererseits könne man

<sup>1</sup> Friedrich Jonetz, Kaufmann bei Carl Kaelble und SA-Obersturmbannführer. Lebte zwischen 1920 und 1951 in Backnang.

## **Sprechtag des Fürsorgeamts und Auszahlung von Unterstützungen**

jeden Freitag nachm. 2—6 Uhr  
im kleinen Ratsaal (II. Stock).

Unterstützungsgesuche können künftig, von dringenden Fällen abgesehen, nur an diesem Sprechtag angebracht werden.

Es wird dringend ersucht, diese Ordnung, die das lange Warten beseitigen und das Fürsorgeamt entlasten wird, einzuhalten.

Bürgermeisteramt: Dr. Riehardt.

Abb. 99: Amtliche Bekanntmachung im MB vom 8. Januar 1932 über Auszahlung von Unterstützungen.

**Heute ab 8 Uhr  
findet im kleinen  
Saal des Bahnhofhotels ein**

## **öffentl. Sprechabend**

### **der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation**

statt, in der Pg. Dr. Glauner, Stuttgart, sprechen wird über das Thema

## **Prolet oder Arbeiter!**

### **Die weltanschaulichen Grundfragen v. Marxismus u. Nationalsozialismus.**

Pg. Balz, Stettin, spricht über d. Thema:

### **Schluß mit der Hungerpolitik, mit Hitler für Freiheit und Brot.**

Arbeiter! Arbeiterinnen! Erscheint alle.

Freie Aussprache — Eintritt frei

### **Nat.-soz. Betriebszellenorganisation**

Abb. 100: Annonce im MB vom 15. Januar 1932 zu einer Wahlveranstaltung der NSDAP in Backnang mit Pg. Dr. Glauner.

erwarten, daß sie angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage und der verschiedenartigen Zuwendungen das Entgegenkommen und die Fürsorge der Stadt auch würdigen.

## 69. Bericht über die Einführung der neu gewählten Mitglieder des Backnanger Gemeinderats

Quelle: MB 18. Januar 1932.

### **Vom Rathaus**

**Zur Einführung der neugewählten Mitglieder** führte der Stadtvorstand etwa aus: Meine sehr geehrten Herren! Die Vertretung unserer Stadt, die Repräsentation der Bürgerschaft, der Gemeinderat, tritt in der jetzigen Stunde in einen neuen und ersten Zeitabschnitt ein. Durch die Stimme der Bürgerschaft ist das Kollegium für die nächsten 6 Jahre erneuert worden. Sechs Herren wurden durch das Vertrauen der Mitbürger neu in den Gemeinderat berufen. Die Bürgerschaft blickt abwartend und hoffend auf das Rathaus und insbesondere auf die neuen Gemeindevertreter. Es ist ein ernster Zeitpunkt, ernst nicht nur gesehen von den Gemeinden aus, sondern auch gesehen von unserer gesamten wirtschaftlichen und vaterländischen Lage aus. Starke Kräfte, seien sie wirtschaftlicher, kultureller, politischer oder sozialer Art, ringen um des Vaterlandes Wohl. Der Kampf geht im neuen Jahre weiter und wird sich entscheiden müssen.

Die neuen Herren sind in unsere Mitte getreten mit dem Willen zur Verantwortung, mit dem Willen zur Mitarbeit. So darf ich Sie mit den Herren, die wieder in das Kollegium eingezogen sind, herzlich begrüßen und beglückwünschen zu Ihrer Arbeit. Ich wünsche, dass Sie innere Befriedigung in ihr finden, die eine ernste Arbeit auf die Dauer nicht entbehren kann. Ich wünsche, dass Sie nicht erlahmen mögen, wenn Ihrer Arbeit nicht in allem und jedem ein Erfolg beschieden ist, wenn Kritik und Anerkennung sich ablösen. Wir vom Gemeinderat wissen, dass wir geradeaus unsern Weg gehen müssen und dass wir in mancher Lage den Mut unpopulär zu sein, aber auch den Willen zum eigenen Risiko haben müssen, unbekümmert um Beifall oder Missfallen. Unsere Arbeit gilt dem guten Stand unserer Stadt, der Gesundheit unserer Finanzen, dem Wohl unserer Mitbürger. So darf ich Sie bewillkommen und Ihnen zum Beginn Ihrer Mitarbeit die Hand bieten.

Die erstmals in den Gemeinderat eingetretenen Herren Dirr, Maier, Wohlfarth, Haar und

Fischer<sup>2</sup> legten darauf in die Hand des Vorsitzenden den Eid auf die Reichs- und Landesverfassung ab, während Herr Schmid, der schon von 1919/22 dem Gemeinderat angehörte, und die wiedergewählten Herren Stroh, Hopfensitz, Teufel und Erlenbusch<sup>3</sup> auf ihre frühere Verpflichtung hingewiesen wurden.

Zum Schluß der Sitzung sprach der Stadtvorstand anläßlich der Einführung der Neugewählten und im Hinblick auf die Änderung der Gemeindeordnung eingehend über den Aufbau der Gemeindeverwaltung, die Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gemeinderats und des Ortsvorstehers und ihr gegenseitiges rechtliches Verhältnis. Mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis belegt, stellte er in einstündigem Vortrag die Rechtslage ausführlich dar, alle Punkte berührend, die für den Gemeinderat wissenswert sind und auch ein äußeres Bild der Tätigkeit auf dem Rathaus gebend. Auch die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen zog er in den Kreis seiner Betrachtungen. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Zusammenarbeit auch fernerhin harmonisch verlaufen möge.

Den Dank des Gemeinderats brachte Stadtrat Stroh zum Ausdruck. Er hofft, daß sich auch in Zukunft mit der Geschäftsordnung die sichere Wegweisung in den Verhandlungen finden lasse, auf der Gemeinderat und Ortsvorsteher die Geschicke der Stadt in verantwortlicher Weise vollziehen.

## 70. Bericht über die Arbeitslosigkeit im Winter 1931/32 im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg

Quelle: MB 8. Februar 1932.

**Die Höchstzahl der Arbeitssuchenden des Winters 1930/31 im Arbeitsbezirks Ludwigsburg um 780 = 11% überschritten; sie beträgt heute 7883**

Der geringe Bedarf an **landwirtschaftlichen** Arbeitskräften wurde mühelos gedeckt. In sämtli-



## Tannenbergbund Kampfgruppe Backnang

### Öffentl. Versammlung

im Bahnhof, Kleiner Saal  
am Freitag, 29. Jan. abends 8 Uhr.

E. Ullshöfer-Stuttgart spricht

**Durch Wirtschaftskrise  
in Weltkrieg und Slaverei**  
(an Hand von Geheimdokumenten)

Deutsche Reichsbahn in französischen Händen!  
Krieg gegen Ausland und Weltkriegsgefahr droht  
unmittelbar!

Freie Aussprache

Unkostenbeitrag 25 ♂

Erwerbslose 10 ♂

Abb. 101: Annonce im MB vom 27. Januar 1932 zu einer Veranstaltung des Tannenbergbundes am 29. Januar 1932 im Bahnhofhotel.

chen **Ziegeleien** herrscht Betriebsruhe. Aus den **Steinbrüchen** kam, abgesehen von einigen Rückrufen, weiterer Zugang an Arbeitsuchenden.

In der **metallverarbeitenden Industrie** ist der Beschäftigungsgrad anhaltend unbefriedigend, nicht nur die Zahl der Kurzarbeiter, sondern auch die Zahl der Ausfalltage nimmt ständig zu. **Spinnstoffgewerbe, Leder- und Linoleum-Industrie** sind gut beschäftigt. In der **Möbel-industrie** setzt sich die bereits gemeldete Verschlechterung fort. Es sind gegenwärtig 715 Schreiner arbeitsuchend. Die schlechte Arbeits-

<sup>2</sup> Mit dem kaufmännischen Angestellten und späteren Kreisleiter Alfred Dirr (1902 bis 1941) und dem Küfermeister Oskar Haar (1895 bis 1968) waren am 6. Dezember 1931 erstmals Mitglieder der NSDAP in den Backnanger Gemeinderat gewählt worden. Siehe dazu auch: Rolf Königstein: Alfred Dirr, NSDAP-Kreisleiter in Backnang. Ein Nationalsozialist und die bürgerliche Gesellschaft, Backnang 1999 (= Backnanger Forschungen 3), S. 56f. Die weiteren neugewählten Gemeinräte und ihre Parteizugehörigkeit: Studienrat Eugen Maier (geb. 1889, 1940 nach Waiblingen verzogen) – Wahlvereinigung; Lagerarbeiter Eugen Wohlfarth (1902 bis 1970) – KPD; Landwirt Karl Fischer, Oberschöntal. Stadtarchiv Backnang, Alte Einwohnermeldekartei u. MB vom 8. Dezember 1931.

<sup>3</sup> Kaminfeger Gottlob Schmid (1878 bis 1944) – Christlicher Volksdienst; Buchdruckereibesitzer Friedrich Stroh (1879 bis 1955) – Wahlvereinigung; Schreiner Franz Hopfensitz (1891 bis 1968) – KPD; Fabrikant Albert Teufel (geb. 1876, 1939 nach Nagold verzogen) – Bürgervereinigung und Landwirtschaftlicher Ortsverein; Arbeiter Wilhelm Erlenbusch (1871 bis 1944) – SPD. Ebd.

# Oeffentliche Kundgebung

am Mittwoch, den 3. Februar 1932 abends 7.30 Uhr im großen Saale des Bahnhofshotels  
**Deutschland erwache — Nieder mit dem Faschismus!**

Redner: Landtagsabgeordneter **Ruggaber**, Gauleiter des Reichsbanners  
 Beamte, Angestellte und Arbeiter! Erscheint alle! Keiner darf fehlen!

**Schmiedet die Eisernen Front!**

Unkostenbeitrag 20 Pfennig

Abb. 102: Annonce im MB vom 2. Februar 1932 zu einer Veranstaltung der Eisernen Front am folgenden Tag im Bahnhofshotel.

Im Freitag, den 12. Februar  
 abends 8 Uhr findet im  
 Saal des Bahnhofshotels eine

## Öffentliche Versammlung

statt.

Lehrer **Fr. Riengshausen** (Mitglied d. Reichstags)  
 aus **Offenbach a. Main** wird sprechen über das Thema:  
**„1932 - das Jahr der Entscheidungen“**

Die Bevö.ierung von hier und Umgebung wird herzlich  
 eingeladen. Eintritt 30 Pfg. Erwerblosse frei

## N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Backnang

Abb. 103: Annonce im MB vom 9. Februar 1932 zu einer Veranstaltung der NSDAP am 12. Februar 1932 im Bahnhofshotel.

marktlage bei den **Maß- und Konfektions-**  
**schneidern** bleibt unverändert bestehen. Einige  
 kleinere Schuhfabriken im Bezirk gingen zu  
 Kurzarbeit über. Im **Baugewerbe** hat die Zahl  
 der Arbeitssuchenden weiter zugenommen. Für  
**Ungelernte** bot sich keinerlei Arbeitsgelegen-  
 heit; weiterer Zugang aus allen Berufsgruppen.  
 Bei **Häusliche Dienste** ist großes Überangebot  
 an Personal; einige Nachfrage nach qualifizier-  
 ten Kräften. Für **kaufmännisches und techni-**  
**sches Personal** ist die Lage äußerst ungünstig;  
 der Monat Januar brachte einen Zugang von 95  
 Angestellten, davon 28 weiblichen. In **Not-**  
**standarbeit** stehen 170 Personen. **Kurz-**



## Deutschnationaler Handlungs-Gehilfen- Verband

Ortsgruppe Backnang

Unsere diesjährige

## Haupt-Versammlung

findet am **Samstag, den 13. Febr. 1932**  
 abends 8 Uhr im Lokal **Kunberger** statt.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte
2. Wahlen
3. Verschiedenes
4. Bericht der Krankenkasse

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich  
 und vollzählig zu erscheinen.

Abb. 104: Annonce im MB vom 10. Februar 1932 zur Hauptversammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes am 13. Februar 1932 bei Kunberger.

**arbeiterunterstützung** beziehen 1491 Per-  
 sonen, die sich auf 52 Betriebe verteilen. Beim  
**Freiwilligen Arbeitsdienst** sind im Ganzen 79  
 Männliche und 3 Weibliche beschäftigt.

Am 31. Januar 1932 betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger im Arbeitsbezirk Ludwigsburg:

	Arbeitslosenunterstützung		Krisenunterstützung		zusammen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Ludwigsburg:	1367 (1725)	213 (355)	973 (411)	144 (20)	2697 (2511)
Backnang:	479 (678)	35 (69)	228 (79)	16 (5)	728 (831)

(Zahlen in Klammern sind diejenigen des Vorjahres).

## 71. Bericht zum am 12. Februar 1932 durchgeführten Vortrag des NSDAP-Reichstagsabgeordneten Ringshausen<sup>4</sup>.

Quelle: MB 16. Februar 1932.

**Backnang.** Am letzten Freitag hielt die **N.S.D.A.P., Ortsgruppe Backnang**, eine öffentliche Versammlung ab, in der Pg. **Ringshausen**, M.D.R. sprach über das Thema: „**1932 – das Jahr der Entscheidungen.**“ Stadtrat Pg. **Dirr** begrüßte die im vollbesetzten Saal des Bahnhofhotels anwesenden Gäste und erteilte Pg. Ringshausen das Wort. Man spürte aus den Worten des Vortragenden, daß hier ein Mann sprach, der von unserer nationalsozialistischen Idee vollkommen durchdrungen und dem es Herzens- und Gewissenssache ist, mit Einsatz seiner ganzen Kraft und unter persönlichen Opfern an unserem Kampf um Deutschlands Freiheit mitzuwirken. Der Redner führte etwa folg. aus:

Ein mächtiges Feuer lodert heute über Deutschland. Durch das tiefe Elend, das breite Kreise des Volkes erfaßt hat, weiter aber auch durch das unaufhaltsame Schüren und Rütteln der nat.-soz. deutschen Freiheitsbewegung an der deutschen Volksseele ist das Gewissen aller echten Deutschen aufgewacht. Dieser Aufbruch der Nation läßt sich nicht mehr aufhalten, nicht durch den Gummiknüppel und auch nicht durch den Terror „Andersdenkender.“ Was haben nicht die vielen Parteien im Laufe der letzten Jahre dem deutschen Volke alles versprochen! Sie haben großtönende Programme aufgestellt und diese dann, wenn es Ernst wurde, zu den Akten gelegt. Unser Programm ist nicht neu, es ist urdeutsch, denn was wir erreichen wollen, war schon immer das heiße Sehnen der wahrhaften Deutschen, wenn das Vaterland vernichtet und versklavt am Boden lag. Und an diesem unserem Programm halten wir fest, mag kommen, was will! Die andern haben versagt, das ist die unleugbare Tatsache, wenn man mit offenen Augen die Gegenwart betrachtet. Und wer versagt und nichts getaugt hat, kann nicht Turmwächter einer Nation sein. Gestern waren sie für, heute sind sie gegen die Wehrfrage, einst haben sie für die Reparationen gestimmt, heute verwerfen sie diesen Schritt, einst kämpften sie

mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Kandidatur und die Person Hindenburgs, heute sehen sie in ihm den Retter des Vaterlandes! Wo ist hier die klare, eindeutige Linie, nach der gearbeitet wird? Sie wechseln ihre Gesinnung wie ihre Hemden, wenn es gerade für das Gedeihen ihrer Parteien bzw. Parteibonzen dienlich ist. In ihrer Unfähigkeit im Kampf um Deutschlands Rettung und den hiezu angewandten Mitteln, wie Lüge und Schwindel sind die meisten allerdings immer die gleichen geblieben. Unser Kampf gilt dem Siege des wahrhaft Deutschen Sozialismus, damit der Marxismus zerschlagen werde. Die Internationale, für die die verhetzten Proleten heute noch kämpfen und ringen, ist in den Großbanken und Börsen oder an der Riviera und andren Luxusbädern zu finden und läßt sich dort wohl sein. Vergiß das nie deutscher Prolet! Es kommt ein Mann aus Syrerland, führt ein Kamel am Halfterband.

Wie die Rollen hier verteilt sind, erübrigt sich wohl zu sagen. Wo ist bei diesen Leuten das ehrliche Nationalgefühl, das von heißer Liebe zum Vaterland durchdrungen, alle Belange um das Wohlergehen der Nation vor die eigenen stellt? Doch von der Meute der Gottlosen und ihrer Anhänger kann man derartige Begriffe nicht verlangen. Hitler sagt mit Recht: Ohne starken Glauben an unseren Herrgott und seine Allmacht kann man nicht ehrliches Nationalgefühl und innige Liebe zum Vaterland im Herzen tragen. Die Republikaner müssen verschwinden, wenn die Republik gerettet werden soll. Hindenburg bedeutet für diese die Rettung des Systems, indem man ihn, wie man es sogar mit Hitler versucht hat, vor den eigenen Karren spannen will. Wir verbitten es uns, daß mit dem Namen des allseits hochverehrten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg Schindluder getrieben wird durch Aufziehen einer Hindenburgaktion mit prominenten Persönlichkeiten aus allen Ecken und Kanten, in der man prahlerisch von riesigen Einzeichnungen spricht und dabei immer wieder die Einzeichnungsfrist verlängert. Die Entscheidungsstunde naht und der Reichspräsident soll als Vertreter des Volkes vom Volke selbst gewählt werden. Wen **wir** als Kandidat aufstellen, darüber schweigt unserer Führer Adolf Hitler, solange er es für notwendig findet. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß wir am

<sup>4</sup> Friedrich Ringshausen (1888 bis 1941). Lehrer in Offenbach. Seit September 1930 Mitglied des Reichstags. 1927 bis 1931 Gauleiter der NSDAP von Hessen.

besten fahren, wenn wir uns nach seinen Maßnahmen richten. Deutscher Volksgenosse, wache auf! Besinne dich auf dich selbst, und vergiß nie, daß es für einen wahrhaften Deutschen drei Ewigkeitsworte gibt, die sein ganzes Tun und Handeln leiten wollen und deren Stimmen er folgen muß! Und diese 3 Worte sind: **Ehre, Vaterland und Gott!** – Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. Zur Diskussion meldete sich niemand und so konnte die Versammlung mit dem stehend gesungenen Horst-Wessellied und einem dreifachen Heil auf ein freies Deutschland und auf Adolf Hitler geschlossen werden. Sieg-Heil!

nen Osten brennt es. Litauen besetzt Memel, Polen droht nach Danzig einzufallen. Ganz Europa ist im Explosivzustand. Mitten im Wirtschaftszusammenbruch, vor der drohenden Entladung eines neuen Weltkrieges retten uns nicht Parteien und Meinungen, sondern der gesammelte Wille und die geballte Kraft des ganzen Volkes zur Abwehr der drohenden Vernichtung und zum Aufbau einer gesunden Wirtschaft, die freien Menschen dient. Redner zeigt die wahren Hintergründe dieses ganzen politischen und wirtschaftlichen Geschehens, und auch den Weg zur Rettung unseres Volkes.  
H.

## 72. Redaktionelle Mitteilung zu einer Veranstaltung des Tannenbergbundes<sup>5</sup> am 24. Februar 1932 mit Rechtsanwalt Erich Siegel

Quelle: MB 23. Februar 1932.

**Backnang.** Am Mittwoch abends 8 Uhr spricht Herr Rechtsanwalt Erich Siegel in öffentlicher Versammlung des Tannenbergbundes im kleinen Saal des Bahnhofhotels über: „Deutschland eine französische Kolonie, deutsches Volk Kanonenfutter für die Weltkapitalisten“. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist heute so katastrophal, daß Frankreich in Kürze das waffenlose, durch Not und Entbehrung mürbe gemachte Deutschland in Verwaltung nehmen wird. Redner zeigt, wie das schon lange geplant ist, und wie es, wenn wir reif dazu sind, durchgeführt werden soll. Es geht heute nicht mehr um Parteien, es geht um die Existenz jedes Einzelnen. Das Schicksalsjahr 1932 ist angebrochen. Im fer-

## 73. Bericht über den am 24. Februar durchgeführten Vortrag von Rechtsanwalt Siegel vom Tannenbergbund

Quelle: MB 29. Februar 1932.

**Backnang.** Vergangenen Mittwoch abend sprach Herr Rechtsanwalt Siegel-Geislingen in einer Versammlung des Tannenbergbundes über die politische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes. Vom Fernen Osten ausgehend, wo bereits der Krieg entbrannt ist, den der Japaner um seiner Selbsterhaltung willen zu führen gezwungen ist, zeigte er den gespannt lauschenden Zuhörern, wie das deutsche Volk systematisch Schritt für Schritt in dieses namenlose wirtschaftliche Elend und in politische und geistige Knechtschaft geführt worden ist. Wer die furchtbaren Mächte sind, die Deutschlands Untergang betreiben, hat uns General Ludendorff gezeigt, der mit unbeirrbarer Wahrheits-

**Massen heraus — Wir greifen an!**

# Eiserne Front

Schleßt die antisozialistische Front!

**Erscheint in Massen!**

Infoseitenbeitrag 20 Pf., Gewerbeste 10 Pf.

## R u n d g e b u n g

**Samstag, den 27. Februar abends 8 Uhr**  
im **großen Saal des Bahnhofhotels** in **Backnang**  
Redner: Landtagsabgeordneter **Freih Winter, Stuttgart**

Reißt Euch ein in die aktiven Kampftruppen gegen den Sozialismus!

**Die Kampfleitung der Eisernen Front**

Abb. 105: Annonce im MB vom 26. Februar 1932 zu einer Veranstaltung der Eisernen Front am folgenden Tag im Bahnhofhotel.

<sup>5</sup> 1925 gegründeter politischer Bund, der sich vorwiegend aus Frontkämpfern des Ersten Weltkriegs bildete und unter der Schirmherrschaft von Erich Ludendorff (1865 bis 1937) stand. Benannt nach der Schlacht bei Tannenberg in Ostpreußen im August 1914.

willen den Ursachen unseres Zusammenbruchs nachgeforscht hat. Die Weltkapitalisten, vertreten im Jesuitismus und der Weltfreimaurerei als Kampftruppen Roms und Judas wollen die Vernichtung des deutschen Volkes, das wegen seines Freiheitswillens der Ausbreitung ihrer Herrschaft über die ganze Welt noch im Wege steht. Der Redner verwies auf jenen Ausspruch Pius IX. im Jahr 1874, der dem ohne päpstlichen Segen errichteten deutschen Reiche auf der Höhe seiner Macht ein nahes Ende prophezeite. Nachdem durch den Weltkrieg die Vernichtung der protestantischen Vormacht der Hohenzollern erreicht war, wurde die wirtschaftliche Vernichtung des deutschen Volkes betrieben. Zuerst wurde durch die Inflation der Mittelstand und die Sparer ihres Vermögens beraubt, die Rentenmark konnte uns die Rettung bringen, wurde aber absichtlich so verknappt, daß die Landwirtschaft mit hohen Zinsen belastet wurde. Die steigenden Soziallasten, Zinsen und Steuern legten nach und nach die deutsche Wirtschaft lahm. Ein Stand nach dem andern, Arbeiter, Mittelstand, Industrie und zuletzt die Landwirtschaft ist enteignet und wird so dem Willen der überstaatlichen Mächte nicht mehr viel Widerstand entgegensetzen. Was die Verhandlungen deutscher Minister in Rom, Paris, London usw. bezweckten, legte der Redner an Hand von Zeitungsberichten einwandfrei dar. Ein Geheimbrief, der in General Ludendorffs Händen ist, zeigt, dass Verhandlungen über eine deutsch-französische Union gepflogen sind mit der Absicht, Deutschland völlig unter französische Herrschaft zu bringen mit dem Endziel Paneuropa. Deutsches Militär soll an dem geplanten Interventionskrieg nach Rußland unter französischem Oberbefehl teilnehmen. Wenn Rußlands militärische Kräfte im Osten festgehalten werden, dann ist die Zeit für Frankreich gekommen, vom Westen her in Rußland einzufallen. In seinem Buche „Weltkrieg droht“ hat

General Ludendorff alle Kriegsgefahren und die fürchterlichen Folgen des drohenden Weltkrieges aufgrund seiner überragenden militärischen Kenntnisse geschildert. Während er in Deutschland nur bei wenigen Verständnis fand, wurde dieses Buch von den maßgeblichen Generalstäben aller in Betracht kommenden Staaten durchgearbeitet. Der polnische Diktator Pilsudski<sup>6</sup> ließ es sich privat ins Polnische übersetzen und saß 5 Tage in angestrengtem Studium darüber, erschüttert von der Wucht der Beweisführung. Nur Ludendorffs Aufklärung wird es zu danken sein, wenn der drohende Weltkrieg vom deutschen Boden abgewendet werden kann.

Der Weg zur Rettung durch Aufklärung zeigte der Redner im zweiten Teil seiner Rede. Die Parteien, die Verbände können uns keine Rettung bringen. Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Notlage hat uns Ludendorff gewiesen. Weg von Goldwährung und Börse. Nur wenn Deutschland an der Goldwährung bleibt, können uns die Franzosen weiterhin kapitalistisch beherrschen. Aber Ludendorff hat auch das Höchste und Tiefste erkannt, was dem Deutschen zur Rettung nützt: Bismarck hat wohl das deutsche Reich, aber nicht das deutsche Volk geschaffen, deshalb konnte sein Werk wieder zerfallen. Wir Deutschen müssen ein Volk werden, eins in Blut, Glaube, Kultur und Wirtschaft. Was Einheit von Blut und Glaube bedeutet, führte der Redner in ernsten, sich an die deutsche Seele wendenden Worten aus. Jedes Volk erlebt Gott oder das Göttliche auf seine eigene Weise; der Deutsche anders als der Jude, Chinese oder Neger. In diesem Zusammenhang lehnte er einen oberflächlichen Antisemitismus oder Völkerhaß ab. Unser deutsches Gotterleben muß sich auswirken auf unser gesamtes Handeln. Jeder Einzelne ist für jede einzelne seiner Taten dem Göttlichen in sich verantwortlich. Je tiefer das Erleben Gottes in den göttlich-

## **Für Thälmann! Gegen Gebering-Brüning-Hitler-Hindenburg!**

Darüber spricht Genosse **Aug. Kreuzburg**, Mitglied des Reichstags  
am **Donnerstag, den 3. März abends 8 Uhr im Engelsaal**

Werktätige Badnangs erscheint reitlos.

Unkostenbeitrag 20 Pfg., Erwerbslose frei.

Freie Ausprache!

**Kommunistische Partei Badnang**

Abb. 106: Annonce im MB vom 2. März 1932 zu einer Veranstaltung der KPD am folgenden Tag im Engel.

<sup>6</sup>Józef Pilsudski (1867 bis 1935). Polnischer Marschall und Politiker.

chen Wünschen des Guten, Wahren und Schönen, desto eher fallen die Schranken der Selbstsucht, des Hasses, des Neides gegen die eigenen Volksgenossen. In dieser Gesinnung wird es uns gelingen, eine Kultur und Wirtschaft, frei von der Herrschaft der überstaatlichen Mächte, zu schaffen, die allein dem Wohle des ganzen Volkes dient.

## Ueber Mittelstandsfragen

Sprechen am Freitag, den 4. März abends  
8 Uhr im Bahnhofshotel (Kleiner Saal) in

### Öffentl. Versammlung

Bäckerobermeister **Käthele**, Stadtrat in Stuttgart

Studienrat **Weigand**, Ludwigsburg

Hiezu ergeht Einladung an Männer und Frauen.

**Deutschnationale Volkspartei**

**Ortsgruppe Backnang**

Abb. 107: Annonce im MB vom 2. März 1932 zu einer Veranstaltung der DNVP am 4. März 1932 im Bahnhofshotel.

## 74. Bericht über die von der Krise geprägte Jahreshauptversammlung des Gewerbevereins Backnang

Quelle: MB 3. März 1932.

**Backnang.** Der Gewerbeverein hielt am Dienstag, 23. Febr. im Waldhorn seine jährliche Voll-Versammlung ab. Vorstand Bauunternehmer und Stadtrat C. Breuninger konnte eine schöne Anzahl Vereinsmitglieder begrüßen und gab den Geschäftsbericht. Er besprach dabei in eingehender Weise die mannigfachen, Gewerbe und Handel schädigenden Ereignisse im Wirtschaftsleben des abgelaufenen Vereinsjahres. Insbesondere übte er Kritik an den verschiedenen Notverordnungen und an der letzten Erhöhung der Umsatzsteuer, die jedes Geschäftsleben vollends zum Erlahmen bringen werde. Umsomehr müsse die Steuerpolitik der

Stadt anerkannt werden, die seit einigen Jahren den Umlagesatz planmäßig senke. Der in der Strompreisfrage bis jetzt erreichte Abbau könne nicht befriedigen, der Verein werde auch künftighin bei den Bestrebungen, eine weitere Preissenkung zu erreichen, mitwirken. Die interne Vereinstätigkeit wickle sich im Verkehr mit den Handwerks-, Handelskammern und sonstigen Behörden ab. Es gäbe immer viel Arbeit, die nach außen nicht zum Ausdruck komme, aber für Gewerbe und Handel dringend nötig sei. Als besonders erfreulich konnte berichtet werden, daß 10 hies. Altmeistern aus dem Altmeisterdank des Verbands der Württ. Gewerbevereine je eine Weihnachtsgabe von 10 M. überreicht werden konnte, und daß auch für das neue Jahr für einzelne Handwerker für eine Kur im Bad Niedernau besondere Unterstützungen in Aussicht gestellt werden können. So könne also der Gewerbeverein seinen Mitgliedern in verschiedenster Richtung dienen und es sei daher notwendig, ihm die Treue zu halten.

Die Toten des abgelaufenen Jahres sind: Dekan Dr. Köstlin (fr. Ehrenmitglied), Schreinermeister Bayer, Alt-Adlerwirt Braun, Bauunternehmer Freitag, Elektromeister Knöpfle und Alt-Küstermeister Schiefer. Der Vorsitz widmete ihnen Worte treuen Gedenkens und auch von der Versammlung wurde ihrer in ehrender Weise gedacht.

Die Kassen- u. Vermögenslage des Vereins ist gut. Dem Kassier, Malermeister Haffner sen. wurde der Dank für seine gewissenhafte Geschäftsführung ausgesprochen und ihm Entlastung erteilt.

Bei den Wahlen wurde der seitherige Vorsitz einstimmig auf 2 Jahre wiedergewählt, von diesem aber das Amt nur auf ein weiteres Jahr übernommen. Auch die zur Wahl stehenden Ausschußmitglieder (Stadtpfleger Breuninger, Lederfabrikant Butsch, Buchdrucker-eibes. F. Stroh, Friseurmstr. Reeb, Sattlermstr. Widmer) wurden einstimmig auf 2 Jahre wiedergewählt. Kammermitglied Ad. Haffner berichtete über die Voll-Versammlung und die Tätigkeit der Handwerkskammer. Die allgemeine Aussprache war anregend und lebhaft, besonders dabei behandelt wurde die Strompreisfrage, der Hausierhandel, die Glasschutzversicherung. Den Schluß bildeten 2 Filmvorführungen von Gewerbeschulrat Wöllhaf, von denen der eine die Gewinnung der Eisenerze



Am Montag, 7. März abends 8 Uhr findet im großen Saal des Bahnhofs eine

# Öffentliche Kundgebung

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Herrn Dr. Münchmayer Mitglied des Reichstags  
 Volkredner des Reichstags über das Thema:

„Des deutschen Volkes Golgatha – und Auferstehung“

Es ergeht hiemit an die Bevölkerung von Stadt und Land herzliche Einladung

Eintritt 30 Pfg.

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Badnang

Abb. 108: Annonce im MB vom 3. März 1932 zu einer Veranstaltung der NSDAP am 7. März 1932 im Bahnhofshotel.

und die Erzeugung von Eisen und Stahl zeigte, der andere mehr unterhaltender Natur war. Die Vorführungen fanden lebhaften Beifall.

75. Text der NSDAP zur politischen Lage, v. a. in der Landwirtschaft

Quelle: MB 4. März 1932.

## Die Deutsche Ernte 1932 in Gefahr – Ein Aufruf des Führers der N.S.D.A.P.

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten. Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben. Ueberschuldet und seelisch verzweifelt, weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen. So entsteht die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben werden, und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. Das verarmte deutsche Volk ist nicht mehr in der Lage, die Devisen aufzubringen, welche notwendig sind, um die bei unzureichender Ernte fehlenden Nahrungsmittel vom Auslande hereinzuholen.

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! Dies darf nicht sein, es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt

**Die proletarischen Frauen i. Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!**  
 darüber spricht heute Samstag, 5. März abends 7.30 Uhr in einer öffentlichen  
**Frauenversammlung**  
 im Engeljaal Genossin  
**Maria Walter, Stadtrat, Stuttgart**  
 außerdem Lichtbilder, Musik, Rezitationen.  
 Alle Werktätige Badnangs, insbesondere die Frauen, sind hierzu eingeladen.  
 Unkostenbeitrag 10 Pfg. Freie Aussprache  
**Kommunistische Partei**  
 Ortsgruppe Badnang

Abb. 109: Annonce im MB vom 5. März zu einer Frauenversammlung der KPD am selben Tag im Engel.

durch irgendwelche Maßnahmen die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsbestellung gefährdet und dem deutschen Landwirt oder Gärtner in den Rücken fällt, oder wer als Landwirt aus eigennützigem Interesse eine ordnungsgemäße Bestellung unterläßt, begeht Verrat am deutschen Volke. Industrie, Handwerk und Handel haben die Ehrenpflicht, alle Hilfsquellen freizumachen und der Landwirtschaft und Gärtnerei die Sicherung der Ernte 1932 zu ermöglichen.

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende nationalsozialistische Regierung alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz besonders schützen wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt

getroffen werden, um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden sind. Dies ist die einfachste Pflicht nationalsozialistischer Staatsauffassung, welcher die Erhaltung des deutschen Bauerntums als Blutserneuerungsquelle des Volkes, sowie die Sicherung seiner Ernährungsgrundlage oberstes Lebensgesetz ist. Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

gez. Adolf Hitler

**Der große Ruffenfilm**

**„Zehn Tage, die die Welt erschütterten!“**

mit Beiprogramm  
**„Zeitprobleme“**

am Dienstag, den 8. März im  
**Badnanger Lichtspielhaus.**

Beginn 8 Uhr

Eintritt 70 Pfg.    Erwerbslose 35 Pfg.

**Kommunistische Partei  
Badnang**

Abb. 110: Annonce der KPD im MB vom 5. März 1932 zur Aufführung eines russischen Films.

## 76. Aufruf des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot zur Reichspräsidentenwahl

Quelle: MB 5. März 1932.

### Aufruf des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot zur Reichspräsidentenwahl:

Ein neuer Entscheidungskampf um die deutsche Zukunft hat begonnen. Es geht in ihm um die Aufrechterhaltung deutscher Arbeit und Wirtschaft, um Tributfreiheit und Wehrhoheit, um die Befreiung Preußens von marxistischer Vorherrschaft und um die Beseitigung eines unerträglichen Notverordnungszwanges.

Der Kampf gilt dem System und dem Geist des 9. November!

Die auf die Sozialdemokratie gestützte Brüningfront will dieses System erhalten. Es ist die Front der politischen Verzweiflung. Hinter der ehrwürdigen Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg sucht sie jetzt Schutz und Rettung. Das ist der Sinn des Eintretens für ihn.

Der Tag, an dem vor zwei Jahren der Reichspräsident den Youngplan unterschrieb, der 13. März, bringt Aufmarsch und Klärung der Fronten, die um die Reichspräsidentschaft ringen. Für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte ist es entscheidend, daß die bodenständigen, aufbauenden, kampfbereiten und erfahrenen Kräfte unseres Volksturms ihrer Bedeutung gemäß zum Einsatz kommen und daß auch schon beim ersten Wahlgange keine Stimme der nationalen Front verloren geht.

Getreu den in Harzburg<sup>7</sup> gegebenen Parolen haben sich deshalb die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm, unterstützt von zahlreichen auf nationalem, christlichem und sozialem Boden stehenden Gruppen und Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu engster Gemeinschaft für die Reichspräsidentenwahl und die ihr folgenden Entscheidungen in einem schwarz-weiß-roten Kampfblock zusammengeschlossen. Als Kandidaten für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl haben sie **den Stahlhelmführer Duesterberg<sup>8</sup>** aufgestellt.

<sup>7</sup> Auf Initiative von Alfred Hugenberg (1865 bis 1951), dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), trafen sich am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg die antidemokratischen Nationalisten zu einer Großveranstaltung, um ihre Geschlossenheit im Kampf gegen die Weimarer Republik zu demonstrieren.

<sup>8</sup> Theodor Duesterberg (1875 bis 1950). Spitzenfunktionär und langjähriger Vorsitzender des „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, der als bewaffneter Arm der DNVP galt.

Mit ihm tritt ein Führer der vaterländischen Wehrbewegung in die Schranken, dessen unermüdliche, vom sozialen Frontgeist getragene Arbeit stets dem Ziele der politischen und wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands gewidmet war.

Zu seiner Wahl ruft der Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot alle Deutschen auf, die entschlossen sind, zu kämpfen

- für bodenständige christliche Kultur, für Familie und deutsche Art, gegen offene Art, gegen offene und verschleierte Gottlosigkeit
- für den organischen Staat deutschen Blutes gegen Weimarer Demokratie und internationalen Marxismus
- für deutsche Wehrhoheit gegen pazifistische Entmannung
- für den Schutz des Eigentums und der privaten Wirtschaft
- für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und den Schutz der Arbeitsstätte

Die Befreiungsfarben Schwarz-Weiß-Rot stehen gegen die Symbole eines untergehenden Systems. Diesem System keine Stimme.

## 77. Bericht über die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg

Quelle: MB 9. März 1932.

**Keine weitere Verschlechterung im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg.** Durch Aufnahme von umfangreichen Arbeiten der Reichsbahn, die mit der Elektrifizierung der Bahn im Zusammenhang stehen, wurde ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenziffer verhindert.

### Die Zahl der Arbeitssuchenden

betrug am 29. Februar 1932 8 031  
am 15. Februar 1932 8 030

In Notstandsarbeit stehen 209 (236) Mann.

Am 29. Febr. 1932 betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger:

	Arbeitslosenunterstützung		Krisenunterstützung		zusammen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Ludwigsburg:	1313 (1727)	222 (342)	991 (508)	136 (33)	2662 (2610)
Backnang:	583 (723)	38 (72)	312 (105)	15 (8)	948 (908)

(Zahlen in Klammern sind diejenigen des Vorjahres)

Die Zahl der **Kurzarbeiter** ist von 1409 auf 1084 zurückgegangen. Beim freiwilligen Arbeitsdienst sind in 3 Arbeitslagern 73 Männliche und 3 Weibliche tätig.

## 78. Bericht über eine Rede Adolf Hitlers in Stuttgart

Quelle: MB 9. März 1932.

### Hitlerkundgebung in Stuttgart

**Stuttgart**, 8. März. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Dienstag abend in der Stadthalle und in einem unmittelbar neben der Stadthalle erstellten **großen Zelt** eine Riesenkundgebung zur Reichspräsidentenwahl, in der Adolf Hitler und Hauptmann Göring als Redner auftraten. **Gegen 15 000 Menschen füllten die beiden Hallen**, die lange vor Beginn polizeilich geschlossen werden mußten. Trotz der Eintrittspreise von 80 Pfg. bis zu 5 M. waren schon am Vortage beide Versammlungen ausverkauft. Die Straßenbahn setzte zur Beförderung der Massen zahlreiche Extrawagen ein.

**Der württ. Gauleiter Murr**<sup>9</sup> wandte wandte sich in seiner Begrüßungsansprache gegen die Ausführungen des „Reichsarbeitslosenministers“ **Stegerwald**<sup>10</sup> und wünschte, **daß bei der Reichspräsidentenwahl der Mann gewählt würde, der die SA. nicht zerschlagen, sondern zum Rückgrat des neuen Staates machen werde.**

Da **Adolf Hitler** infolge Schneeverwehungen unterwegs eine **Autopanne** erlitten hatte und daher nicht rechtzeitig eintraf, sprach der SA.-Führer für Südwestdeutschland v. **Jagow**<sup>11</sup> über die Bedeutung der Wahl des nächsten Sonntag. Die Pausen wurden durch die SA.-Kapelle ausgefüllt. Um 9.30 Uhr traf **Hauptmann Göring** ein, der folgendes ausführte: Nochmals 7 Jahre Hindenburg und die deutsche Geschichte wird nicht

<sup>9</sup> Wilhelm Murr (1888 bis 1945). 1928 bis 1945 Gauleiter der NSDAP von Württemberg-Hohenzollern.

<sup>10</sup> Adam Stegerwald (1874 bis 1945). Politiker des Zentrums. 1930 bis 1932 Reichsarbeitsminister.

<sup>11</sup> Dietrich von Jagow (1892 bis 1945). Seit 1931 SA-Gruppenführer Südwest.

mehr geschrieben werden. Dann hat das deutsche Volk aufgehört zu existieren. Wir haben nicht Hindenburg, sondern er hat uns verlassen. Es gibt keinen größeren Triumph für Hitler, als daß er die Partei des organisierten Landesverrats, des Dolchstoßes und der Vaterlandslosen gezwungen hat, heute den preußischen Feldmarschall zu wählen.

Unter nicht enden wollendem Beifall betrat um 10.30 Uhr **Adolf Hitler** den Saal, der sofort das Wort ergriff und ausführte, daß er den **Reichsinnenminister Gröner**<sup>12</sup>, der ihn nach seinem Programm frage, selbst fragen müsse, wo er in den letzten 13 Jahren gewesen sei. Am 13. März wird nicht über mein Programm, sondern über das der Regierung zu Gericht gesessen. Unser politisches Programm ist in unserer positiven Bewegung. Internationalismus, Demokratie und Pazifismus sind die sichersten Rezepte, ein Volk zu Grunde zu richten.

Als meine größte Leistung sehe ich es an, daß es mir in 13 Jahren gelang, die revolutionäre Sozialdemokratie vor die Füße des Feldmarschalls niederzulegen. Nachdem die Gegenseite Hindenburg wieder aufgestellt hat, habe ich mich aus freien Stücken entschlossen, sein Gegenkandidat zu werden. Dem 85jähr. Feldmarschall muß ich heute zurufen: Die deutsche Zukunft trägst nicht mehr Du auf Deinen Schultern, sondern wir auf der unsrigen. In Ehrerbietung, aber auch in Entschlossenheit sagen wir ihm: Alter Mann, Du mußt zur Seite treten. Die Auseinandersetzung kannst Du nicht mehr verhindern. **Wir sind entschlossen, Deutschland von den Parteiverbrechern freizumachen.** Wir lassen nicht los, bis wir den November 1918 und seine Folgen aus der deutschen Geschichte beseitigt haben.

**Es geht ein Aufbruch durch das Volk**, die Zeit der Not geht ihrem Ende entgegen. Auch nach der Wahl kämpfen wir weiter bis auf den Leichen der Standes-, Klassen- und Konfessionsparteien wieder die große Partei des einigen deutschen Volkes sich erhebt. – Stürmischer Beifall dankte dem Redner. Mit dem Horst-Wessel-Lied schloß die Kundgebung um 11.30 Uhr nachts.

Ueber das Thema

## „Warum Duesterberg?“

Sprechen am Freitag je 7.30 Uhr abd.  
in **Gulzbach a. M.**

im Gasthof z. Adler

Rechtsanwalt **Läpple**, Stuttgart  
in **Oppenweiler**

im Gasthof z. Einhorn

Pfarrer a. D. **Klett**, Stuttgart

An die Wähler und Wählerinnen ergeht freundliche Einladung.

Abb. 112: Annonce im MB vom 10. März 1932 über zwei Veranstaltungen pro Duesterberg am folgenden Tag in Sulzbach und Oppenweiler.

## Öffentliche Volks-Versammlung

am Samstag, den 12. März 1932 abends 8 Uhr in der großen Saale des Bahnhofhotels

Thema: **Wir schlagen Hitler**

Redner: Landtagsabg. **Schneckenburger**, Stuttgart

Umkostbeitrag 20 Pf.

Die Kampfleitung der **Eisernen Front**.

Abb. 111: Annonce im MB vom 10. März 1932 über eine Wahlveranstaltung der Eisernen Front am 12. März 1932 im Bahnhofhotel.

<sup>12</sup> Wilhelm Gröner (1867 bis 1939). Deutscher Militär und Politiker. 1928 bis 1932 Reichswehrminister. 1931/32 Reichsinnenminister.

## 79. Annoncen pro Hindenburg und pro Duesterberg

Quelle: MB 10. März 1932.

### **An unsere Mitglieder und Freunde!**

*Am 13. März findet die Wahl eines Reichspräsidenten der deutschen Republik statt. Es sind fünf Kandidaten vorhanden, von denen aber nur einer die menschliche Größe und das innere Recht hat, sich darum zu bewerben, weiterhin „Vater des Vaterlandes“ bleiben zu dürfen, wie er bisher war – Hindenburg*

*Wir danken es ihm, daß er eine Außenpolitik mitgemacht hat:*

*die zur Befreiung des Rheinlandes geführt, die die Welt vom Widersinn der Reparationen überzeugt und den Weg zur vollständigen Beseitigung derselben frei gemacht hat. Wir danken es ihm, daß er eine Innenpolitik mitgemacht hat, die:*

*das Vertrauen aller Konfessionen,  
das Vertrauen aller Berufsschichten  
das Vertrauen aller deutschen Stämme  
zu ihm und seiner Führung in einem Maße geweckt hat, wie es nur wenigen deutschen Männern in der Geschichte beschieden war. Wir danken es ihm, daß er in siebenjähriger Amtsführung als Reichspräsident dem Ruhm des ersten Soldaten den Ruhm des ersten Bürgers hinzugefügt hat. Wir danken es ihm, daß er ein weithin leuchtendes Beispiel vaterländischer Hingabe und zuversichtlichen Glaubens an das deutsche Volk gegeben hat, an dem Millionen deutscher Volksgenossen inneren Halt gefunden haben. Aber wir wollen nicht nur mit Worten danken, sondern mit der Tat.*

*Wir fordern unsere Mitglieder und Freunde auf, alles einzusetzen, daß der bisherige Reichspräsident, Herr von Hindenburg am 13. März mit wuchtiger Mehrheit erneut zum Reichspräsidenten wiedergewählt wird.*

*Deutsche Demokratische  
Partei Württembergs.*

### **Warum Duesterberg?**

*Weil er eine Persönlichkeit ist, die für alle in der nationalen Front vereinigten Parteien und Gruppen geeignet ist.*

*Weil er keine Parteikandidatur darstellt.*

*Weil er sich in Krieg und Frieden gleichermaßen bewährt hat, über hervorragende politische und organisatorische Fähigkeiten verfügt, einen klaren, weitschauenden Blick für das Wesentliche und ein warmes, wahrhaft soziales Herz hat.*

*Weil er der Gründer der Stahlhelmselbsthilfe und anderer hervorragend bewährter sozialer Einrichtungen ist.*

*Weil er sich im Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, als eine wahre Führerpersönlichkeit bewährt hat.*

*Weil er einst Mitteldeutschland vom roten Terror befreit hat.*

*Weil die Bahn frei gemacht werden muß für neue Männer, die nach dem Niedergang der 13 Nachkriegsjahre mit dem vollen Einsatz ihrer unverbrauchten körperlichen und geistigen Kräfte das deutsche Volk wieder zu Arbeit, Freiheit und Einheit führen.*

*Eine solche Führerpersönlichkeit ist der Präsidentschaftskandidat des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot **Duesterberg**  
Für ihn gebt Eure Stimme ab!*

### **Duesterberg, der Kandidat des Landvolks.**

*Nur der wird sich zu allen Zeiten und unter allen Umständen **voll und ganz für das Landvolk** einsetzen, der aus seiner Weltanschauung heraus in der Landwirtschaft und insbesondere im Bauernstand nicht nur das Rückgrat der heimischen Wirtschaft, sondern auch die **Grundlage des ganzen Volkstums** anerkennt. Ein solcher Mann ist **Duesterberg**, der Kandidat des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot. Sein Herkommen und seine Vergangenheit erleichtern das Verständnis für die rein wirtschaftliche Not des Landmannes; aber darüber hinaus hat er in seinem jahrelangen Kampf um die innere und äußere Freiheit der deutschen Nation immer wieder bewiesen, daß ihm die großen volksmäßigen Zusammenhänge zwischen der Landwirtschaft und einem freien und fest in sich gefügten Deutschen Reiche die Richtpunkte seines politischen Denkens sind. Duesterbergs Name steht als erster auf dem amtlichen Stimmzettel. Er ist der **Erste** und der **Beste**, den das deutsche Landvolk sich als Reichsoberhaupt wünschen kann.*

# Evangelische Deutsche! Männer und Frauen!

Keine Stimme dem alten System!  
Keine Stimme Hindenburg-Verfall!

Jede evangelische Stimme nicht mehr  
Duesterberg oder Hitler, den Mannern  
der Freiheitsbewegung, die den Kampf führen  
für Wahrheit, Recht und Freiheit, heraus aus  
Not und Verleumdung, den Kampf für den  
Staat auf christlicher Grundlage, für die ruhige  
Ehe und Familie; gegen die drohende Volkswir-  
wisterung.

Es geht um Gein oder Nichtgein!

## Christlich-Deutsche Bewegung

Abb. 113: Aufruf der Christlich-Deutschen Be-  
wegung zur Reichspräsidentenwahl im MB vom  
11. März 1932.

### 80. Annoncen zur Reichspräsi- dentenwahl

Quelle: MB 11. März 1932.

#### Duesterberg, ein Vorkämpfer für den Mittel- stand.

Wenn Duesterberg in dem Aufruf des Kampf-  
blocks Schwarz-Weiß-Rot für den organischen  
Staat eingetreten ist, so hat er damit bereits in  
programmatischer Form die große Bedeutung  
des Mittelstandes für Nation, Staat und Wirt-  
schaft anerkannt. Nur in einem organisch ge-  
gliederten Staate wird auch der einzelne Unter-  
nehmer und Leiter eines kleinen und mittleren  
Betriebes, gleichviel in welchem Wirtschafts-  
zweig, die Möglichkeit haben, seine eigne  
Schaffenskraft voll zu entfalten, und damit auch  
wieder Verantwortungsbewußtsein gegenüber  
der Volksgemeinschaft empfinden. In einem  
Staat, in dem einzelne Wirtschaftsgruppen nur  
infolge ihrer finanziellen Machtstellung jedem  
mittelständischen Betrieb die Selbständigkeit  
und Unabhängigkeit nehmen können, ist es  
unmöglich, daß der bodenständige, kleinere  
Unternehmer in die Lage versetzt wird, die  
Aufgaben seines Standes der Gesamtheit gegen-  
über zu erfüllen. Diese aber bestehen für den

Mittelstand darin, daß er, wie stets in der  
Blütezeit der deutschen Geschichte, der Träger  
deutscher Kultur sein muß. In der vom eigenen  
Volksstamm getragenen Kultur vereinen sich  
aber gleichzeitig die vornehmsten Wesenszüge  
der blutmäßig und geschichtlich verbundenen  
Volksgemeinschaft. Wenn also Duesterberg die  
Bedeutung eines gesunden, bodenständigen  
Mittelstandes ganz bewußt hervorhebt, so tut er  
das nicht nur aus rein wirtschaftlichen Ueber-  
legungen, sondern aus der klaren Erkenntnis  
seiner nationalen Bedeutung. Gerade das Ver-  
antwortungsgefühl ist im letzten Jahrzehnt mehr  
und mehr ertötet worden. Bei dem Unterneh-  
mer muß es aber auch deshalb besonders aus-  
geprägt sein, weil es die Voraussetzung dazu ist,  
daß die durch den Marxismus aufgerissene Kluft  
zwischen den schaffenden Menschen endlich  
wieder geschlossen wird.

### Der Erste ist der Beste!

#### Reichspräsidentenwahl

<b>Theodor Duesterberg</b> Obersteuermann a. D., Halle a. d. Saale	<input checked="" type="radio"/>
<b>Paul von Hindenburg</b> Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Preuss.	<input type="radio"/>
<b>Adolf Hitler</b> Regierungsrat im Reichsausschuss für Arbeitsbeschaffung, München	<input type="radio"/>
<b>Ernst Thälmann</b> Erster Stellvertreter, Hamburg	<input type="radio"/>
<b>Ulrich Winter</b> Brennstoffhändler, Königsberg a. d. Saale	<input type="radio"/>

### Dorthin dein Kreuz!

Abb. 114: Annonce im MB vom 11. März 1932  
pro Duesterberg.

## 81. Weitere Annoncen zur Reichspräsidentenwahl

Quelle: MB 12. März 1932.

Die Kandidatur **Duesterberg** ist keine Zählkandidatur sondern eine Wahlkandidatur. Bei der letzten Reichspräsidentenwahl hat von 5 Kandidaten der Zentrumskandidat Marx<sup>13</sup> die geringste Stimmenzahl erlangt. Bei der 2. Wahl ist er von allen 5 als aussichtsreichster geblieben. Auch diesmal wird erst die 2. Wahl die Entscheidung bringen.

Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt dazu: „In diesem Fall wird nach der 1. Wahl praktisch der Reichsblock Schwarz-Weiß-Rot fast allein zu entscheiden haben, wer der nächste Reichspräsident wird. Er wird der eigentliche Sieger des 13. März sein.“ Darum gebt am 13. März Eure Stimme für **Duesterberg**

In dem Aufruf des Führers der N.S.D.A.P. im Murrthalboten vom 4. März wird gegen die Landwirte und Gärtner der Vorwurf erhoben, daß beabsichtigt ist, die übliche Frühjahrsbestellung der Felder wegen fehlender Mittel zur Beschaffung der Saat einzuschränken. Müssen sich Landwirte und Gärtner diesen Vorwurf gefallen lassen? Im ganzen Oberamtsbezirk Back-

ang dürfte kaum irgend ein tragfähiger Boden nicht voll und ganz ausgenutzt werden. Es ist doch das Kapital, das dem Besitzer Zinsen tragen soll. Die Sicherstellung der Nahrung ist immer die vornehmste Aufgabe der Regierung gewesen und wird auch dieses Jahr gewährleistet. Alle Mittel werden von ihr ergriffen, um die Arbeit des Landwirts lohnend zu gestalten. Die Einfuhrbeschränkungen der für die Ausfuhr in Frage kommenden Länder führen zu Gegenmaßregeln zum besseren Schutz der eigenen Erzeugnisse.

Der Aufruf verfolgt den Zweck, mit unrichtigen Behauptungen und haltlosen Versprechungen Stimmen für Hitler zu werben. Nachdenkende ehrbare Bauern und Gärtner werden am besten fahren, wenn sie ihre Stimme dem **Reichspräsidenten Hindenburg** geben, dessen Name auf der ganzen Welt einen guten Klang hat und der es am sichersten fertig bringen wird, die Lage der deutschen Wirtschaft wieder zu verbessern. Ein Freund des Landwirts.

### Deutsches Volk!

Denke daran, wie du von den „systemtreuen“ Männern 13 Jahre belogen wurdest. Angefangen von dem bekannten Aufruf der „Volksbeauftragten“, nach dem du in Schönheit und Würde leben solltest, bis zur letzten Notverordnung. Immer traf das ein, was Adolf Hitler

## An unsere Mitglieder und Freunde!

Am 13. März findet die Wahl eines Reichspräsidenten der deutschen Republik statt. Es sind fünf Kandidaten vorhanden, von denen aber nur einer die menschliche Größe und das innere Recht hat, sich darum zu bewerben, weiterhin „Vater des Vaterlandes“ bleiben zu dürfen, wie er bisher war — **Hindenburg!**

Wir danken es ihm, daß er eine Außenpolitik mitgemacht hat: die zur Befreiung des Rheinlandes geführt, die die Welt vom Widersinn der Reparationen überzeugt und den Weg zur vollständigen Beseitigung derselben frei gemacht hat.

Wir danken es ihm, daß er eine Innenpolitik mitgemacht hat, die: das Vertrauen aller Konfessionen, das Vertrauen aller Berufsschichten, das Vertrauen aller deutschen Stämme

zu ihm und seiner Führung in einem Maße geweckt hat, wie es nur wenigen deutschen Männern in der Geschichte beschieden war.

Wir danken es ihm, daß er in siebenjähriger Amtsführung als Reichspräsident

dem Ruhm des ersten Soldaten, den Ruhm des ersten Bürgers

hinzugefügt hat.

Wir danken es ihm, daß er ein weithin leuchtendes Beispiel vaterländischer Hingabe und zuverlässigen Glaubens an das deutsche Volk gegeben hat, an dem Millionen deutscher Volksgenossen inneren Halt gefunden haben.

Aber wir wollen nicht nur mit Worten danken, sondern mit der Tat.

Wir fordern unsere Mitglieder und Freunde auf, alles einzusetzen, daß der bisherige Reichspräsident, Herr

### von Hindenburg

am 13. März mit wuchtiger Mehrheit erneut zum Reichspräsidenten wiedergewählt wird.

Deutsche Demokratische Partei Württembergs.

Abb. 115: Annonce im MB vom 12. März 1932 pro Hindenburg.

<sup>13</sup> Wilhelm Marx (1863 bis 1946). Jurist und Politiker (Zentrum). 1923/24 und 1926 bis 1928 Reichskanzler.

voraussagte, immer das Gegenteil von dem, was dir die systemtreuen Männer vorschwätzten.

**Deutsches Volk! Morgen ist Wahltag! Zeige den systemtreuen Männern, daß du nicht mehr in Knechtschaft leben willst. Morgen zahlst du das heim, was man an dir in den letzten 13 Jahren gesündigt hat. Volkesstimme! Gottesstimme! Wähle Adolf Hitler den deutschen Frontsoldaten, der aus eigener Kraft sich aus dem Strudel des Alltages herausgearbeitet hat, den Mann der noch im Vollbesitz seiner Kraft steht. In Notzeiten wählt man Männer, die selbst die Not kennen und sie überwunden haben. Adolf Hitler muß siegen, weil Deutschland wieder frei sein will.**

## Vorläufiges amtliches Ergebnis aus dem Reich

Berlin, 14. März.

Gültige Stimmen	37 660 377
Düsterberg	2 557 876
v. Hindenburg	18 661 736
Hitler	11 338 571
Thälmann	4 982 079
Winter	111 470
Zersplittert	8 645

Abb. 116: Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Deutschen Reich (MB vom 14. März 1932).

## 82. Einzelergebnisse der Reichspräsidentenwahl aus dem Oberamt Marbach

Quelle: MB 15. März 1932.

	Stimmber.	gült. St.	Due.	Hind.	Hitl.	Thälm.	Winter
Marbach a. N. (St.)	2266	1878	125	1010	490	246	7
Allmersbach	186		16	14	72	2	-
Burgstall	419		40	193	63	14	-
Erbstetten	404		60	58	151	5	4
Kirchberg	844		58	166	233	57	-
Kleinaspach	496		66	90	203	2	-
Altersberg	51		7	9	12	-	-
Weiler z. St	429		70	71	102	33	-

# Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Oberamtsbezirk Backnang

Wahl vom 26. April 1925

	Stimmberichtig	Stimmzettel	abgegeben	ungültig	gültige Stimmen	Duestenberg	Hindenburg	Hilfer	Uhmann	Winter	% abgestimmt	Hindenburg	Marz	Uhmann
Backnang	6204	75	5117	30	5087	540	1880	1691	1167	9	31			
Rumersbach	340	2	216	—	216	46	29	124	17	—	63	268	606	579
Rilshütte	512	3	349	—	349	39	84	198	28	—	68	295	12	2
Bruch	115	—	103	—	103	8	11	84	—	—	90	105	2	—
Tottenweiler	140	—	106	—	106	13	20	72	1	—	75	109	—	2
Ebersberg	134	1	96	1	95	2	59	20	14	—	71	8	82	3
Fornsbad	504	1	305	—	305	24	103	162	15	—	60	286	15	1
Grab	340	6	257	2	255	22	30	192	10	1	75	268	3	3
Großalpach	767	5	511	6	505	34	126	303	39	3	66	521	46	25
Großerlach	357	2	211	—	211	16	54	128	4	9	60	167	17	4
Heiningen	154	1	91	1	90	8	15	64	3	—	60	101	7	2
Heutensbad	156	2	111	2	109	7	21	78	3	—	70	101	10	2
Jug	183	10	82	1	81	1	24	29	26	1	45	33	61	5
Lippoldsweiler	400	3	252	—	252	31	50	139	30	2	63	189	24	2
Maubach	250	1	182	—	182	9	38	109	26	—	72	136	1	5
Murrhardt	2965	48	2078	11	2067	110	820	887	248	2	70	1151	355	34
Neufürstehütte	135	1	77	—	77	5	12	54	6	—	57	56	12	1
Oberbrüden	526	7	292	2	290	44	37	159	50	—	55	205	6	34
Oberweißach	252	2	169	1	168	15	39	103	11	—	67	141	5	—
Oppenweiler	360	3	253	—	253	20	44	171	18	—	70	209	24	6
Reichenberg	694	75	466	1	465	47	139	185	93	1	60	460	68	56
Rietenan	259	—	188	—	188	13	11	162	2	—	72	210	2	7
Schjelberg	385	16	201	3	198	17	74	76	29	—	52	187	20	1
Spiegelberg	445	74	368	1	367	21	162	159	24	1	70	149	106	5
Steinbad	513	6	344	—	344	19	108	143	73	1	67	156	26	19
Strümpfelbach	171	4	114	—	114	12	33	61	7	1	66	102	4	—
Sulzbach a. M.	1622	18	1002	6	996	23	312	581	58	22	61	757	78	66
Unterbrüden	248	2	142	4	138	7	20	66	45	—	57	91	4	13
Unterweißach	602	5	381	1	380	35	105	213	27	—	63	349	16	15
Waldrems	194	2	108	—	108	17	30	56	5	—	56	108	—	—
<b>Oberamtsbezirk</b>	<b>19927</b>	<b>375</b>	<b>14172</b>	<b>73</b>	<b>14099</b>	<b>1005</b>	<b>4490</b>	<b>6469</b>	<b>2079</b>	<b>53</b>	<b>69</b>	<b>9480</b>	<b>1617</b>	<b>878</b>

Abb. 117: Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Oberamtsbezirk Backnang (MB vom 14. März 1932).

**Württ.**  
**Bauer- und Weingärtnerbund**  
**Öffentliche Bauern- und**  
**Jungbauern-Versammlung**  
 am Mittwoch, den 16. März 1932, vorm. 10.30 Uhr  
**in Backnang im „Engel“ (nicht Bahnhof)**  
 Redner: Landwirt M. Haag, Unterjettingen  
**„Warum brauchen wir auch im kommenden**  
**Landtag eine starke bäuerliche Vertretung?“**  
 Hierzu ist jedermann, alt und jung, auch Frauen und Töchter dringend  
 und herzlich eingeladen.  
**Der Bezirksausschuß.**

Abb. 118: Annonce im MB vom 14. März 1932 zu einer Versammlung des Bauern- und Weingärtnerbundes am 16. März 1932 im Engel.

83. Bericht über eine Veranstaltung der Volksrechtbewegung<sup>14</sup> im Backnanger Bahnhofhotel  
 Quelle: MB 21. März 1932.

Backnang. Ueber wichtige Gegenstände – Inflation, Notverordnungspolitik, Arbeitslosigkeit – sprach in einer gut besuchten Versammlung der Volksrecht-Partei am letzten Donnerstag im Bahnhof der bekannte Führer der Volksrecht-Bewegung, Landtagsabg. **Bauser**, Stuttgart. Er ging davon aus, daß eigentlich der Bedarf des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Inflation durch die weltgeschichtlich beispiellos dastehende **Inflation** der Jahre bis 1923 für alle Zeiten gedeckt sei und daß man annehmen müßte, niemand in Deutschland könnte auch nur

<sup>14</sup> Die 1925 gegründete „Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung“ (Volksrechtspartei) war eine Vereinigung verschiedener Organisationen, die sich als reine Interessenpartei für die Aufwertung der Geldvermögen der 1923 bei der Inflation geschädigten Bevölkerungsgruppen einsetzte.

mit dem Gedanken an die Wiederholung eines derartigen Volksbetruges spielen. Aber schon die Antwort der württ. Regierung auf die Kleine Anfrage, die er vor einigen Monaten im Landtag eingebracht hätte, beweise, daß man wenigstens an eine „begrenzte“ oder „dosierte“ Inflation in gewissen Kreisen gedacht habe und wohl auch heute noch denke. Auch die Tatsache, daß in den letzten Tagen sogar der Herr Reichskanzler selbst sehr energisch sich gegen eine neue Inflation ausgesprochen habe, beweise, daß derartige Pläne noch nicht ganz begraben seien. Im Gegensatz zu einem früheren Ausspruch Dr. Schachts<sup>15</sup>, wonach die Inflation wie ein Naturereignis ähnlich einem Erdbeben über uns gekommen sei, müsse festgestellt werden, 1. daß eine Inflation nur kommen kann, wenn sie gemacht wird und 2. daß eine Inflation zu dem Zweck durchgeführt wird, Schulden auf Kosten des sparenden Volkes zu streichen. Schacht habe später einmal gesagt, daß in der Inflation sich die wirtschaftlich Geschulten auf Kosten der wirtschaftlich Ungeschulten bereichert hätten. Der Schweizer Volkswirt Büscher habe noch richtiger die Inflation als den **Kampf der Ehrlosen gegen die Wehrlosen** bezeichnet. Die **deutschen Sparer und das deutsche Volk müssen sich mit größter Schärfe gegen jede erneute Inflation zur Wehr setzen**, die nicht zu einer Belebung, sondern zum sofortigen **völligen Erliegen der Wirtschaft** führen würde. Auch die sog. „Devaluation“ d. h. die Herabsetzung des Wertes der Mark auf 80 Pfg., hätte dieselbe Wirkung wie eine Inflation. Die alten und neuen Sparer würden dabei erneut um 20 Proz. ihrer Ersparnisse betrogen. **Niemals kann auf dem Wege des Betruges die Wirtschaft zur Gesundung geführt werden, sondern nur auf dem Wege der Ehrlichkeit und Anständigkeit und durch den Wiederaufbau des inländischen Sparkapitals auf der Grundlage des Vertrauens der deutschen Sparer.**

Die heutige Krise der deutschen Wirtschaft ist in erster Linie **Vertrauenskrise**; sie ist vor allem **Kredit- und Kapitalkrise**. Wir haben **zu wenig inländisches Sparkapital** infolge der Kapitalzerstörung durch Inflation und Aufwertungsgesetzgebung. Die Folgen dieser Kapitalzerstörung sind die zu hohen Zinssätze, der Mangel an Kapitalneubildung, die Geldhamsterei, die Kapitalflucht und schließlich sogar die Entwer-

# Württ. Zentrums- Partei

Ortsgruppe Badnang

**Am Montag, den  
4. April 1932 abds.  
8 Uhr spricht Reichs-  
kanzler Dr. Brüning  
in der Stuttgarter  
Stadthalle.**

Die Mitglieder und  
Freunde unserer Partei  
die Eintrittskarten zu  
dieser Veranstaltung  
wünschen, werden ge-  
beten, sich bis Dienstag,  
den 29. März an die  
Vorstandschaft zu wen-  
den.

**Der Vorstand.**

Abb. 119: Annonce im MB vom 23. März 1932 zu einer Veranstaltung der Zentrumspartei am 4. April 1932 in Stuttgart.

<sup>15</sup> Hjalmar Schacht (1877 bis 1970). Bankier, Politiker, Publizist. 1923 bis 1930 und 1933 bis 1939 Reichsbankpräsident.

tung des Sachbesitzes. Das Gleichgewicht zwischen mobilem und immobilem Kapital, zwischen Sparkapital und Sachbesitz ist verloren gegangen. Geholfen kann nicht etwa durch Geldverschlechterung werden, **sondern nur durch Verbreiterung der Kapitalbasis unserer deutschen Volkswirtschaft.** Zu dieser Vermehrung des Angebots an inländischem Sparkapital führen zwei Wege: **Die Wiederherstellung des enteigneten Volksvermögens und die sorgfältige Pflege und Förderung der Neubildung von inländischem Sparkapital.** Ministerialdirektor Dr. Brecht vom preußisch. Staatsministerium hat vor kurzem ausgesprochen, es wäre zu verantworten, ja zu begrüßen, für einen inneren Zweck eine innere Schuld des Reichs, selbst von einer Milliarde oder mehr zu bestellen, so daß ihr Nutzen nicht einige Aufwertungsinteressenten, sondern der Gesamtheit der deutschen Gläubiger zugute käme und daß sie kapitalbildend wirkte. Man kommt allmählich auf den richtigen Weg. Die Wiederherstellung einer Milliardenschuld des Reichs wäre nicht nur eine Belastung desselben, sondern zugleich Wiederherstellung von Volksvermögen.

Auch die Mobilisierung der Hauszinssteuer, an deren Stelle eine Rentenschuld mit niedrig verzinslichen Rentenbankbriefen treten müßte, wäre ein Mittel zur Verbreiterung der Kapitalbasis unserer Volkswirtschaft und zur Belebung derselben. Die Volksrecht-Partei hat deshalb erneut in einem Schreiben an den Reichskanzler die Einsetzung des auch vom württ. Landtag beschlossenen Sachverständigenausschusses gefordert, der diese Fragen gründlich sachlich zu prüfen und die Vorschläge der Vertreter, auch der deutschen Sparer entgegenzunehmen hätte. Nur von der Seite des Sparkapitals her kann wirksam geholfen werden. Die Notverordnungspolitik sei zu beanstanden, weil sie leicht eine Politik des geringsten Widerstandes sei, die sich gegen wirtschaftlich Schwache und politisch Ohnmächtige wende, während sie bei den wirtschaftlich Starken nicht richtig durchgreife. Beispielsweise hätte die Preissenkung bei den Kartellen und Syndikaten anfangen müssen, nicht bei den kleinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Die Notverordnungspolitik müsse ersetzt werden durch das verantwortungsbewußte Zusammenarbeiten der politischen Parteien. Deutschland

sei nicht zu helfen durch überspitzte Parteikämpfe, sondern durch gemeinsame, verantwortliche Bekämpfung der deutschen Not.

**Deutschnationale Volkspartei**  
 Am Sonntag, den 3. April nachm. 2.30 Uhr  
 im großen Saal des Bahnhofhotels  
**Öffentliche Wähler-Versammlung**  
 Es spricht  
**Finanzminister Dr. Dehlinger**  
 Stuttgart  
 über „Die Rettung aus der deutschen Not“  
 ferner der Spitzenkandidat  
**Dr. Schott: „Zur Landtagswahl“**  
 Stuttgart  
 Wir laden alle Wähler und Wählerinnen freundlich ein, insbesondere auch die Freunde des Bauernbundes und der landwirtschaftlichen Vereine  
**Der Ausschuß.**

Abb. 120: Annonce im MB vom 31. März 1932 zu einer Veranstaltung der DNVP am 3. April 1932 im Bahnhofhotel.

84. Besonders ausführlicher Bericht über die Wahlveranstaltung von Finanzminister Dehlinger und Schott (DNVP)

Quelle: MB 5. und 6. April 1932.

#### Die Rettung aus der deutschen Not

Finanzminister **Dr. Dehlinger**<sup>16</sup> und Rechtsanwalt **Dr. Schott** eröffnen den Wahlkampf im Bezirk Backnang.

**Backnang, 3. April.** Um 12 Uhr ging am Sonntag der reichsverordnete Osterfriede zu Ende und schon um 2.30 Uhr eröffnete die Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) des Bezirks Backnang die Wahlkampagne mit den beiden prominenten Rednern Finanzminister **Dr. Dehlinger** und Rechtsanwalt **Dr. Schott** – letzterer Spitzenkandidat der Partei für den Bezirk. – Wenn auch das prächtige Wetter dieses ersten Frühlingssonntags manchen Wähler abgehalten hat, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen, der unter andern Witterungsverhältnissen gerne gekommen wäre, so konnte doch der Vorsitzende, Fabrikant Chr. **Räuchle**<sup>17</sup>, eine statt-

<sup>16</sup> Alfred Dehlinger (1874 bis 1959). Politiker. 1924 bis 1942 württembergischer Finanzminister.

<sup>17</sup> Christian Räuchle betrieb zusammen mit seinem Bruder Max in der Fabrikstraße 43 die Lederfabrik Gebrüder Räuchle, die heute noch existiert.

liche Zahl Männer und Frauen willkommen heißen und zugleich der Freude über das Erscheinen der beiden Redner Ausdruck geben. Ohne weitere Ausführungen gab er dann zunächst dem Finanzminister Dr. **Dehlinger** das Wort zu seinem Vortrag über **die Rettung aus der deutschen Not**.

In seiner ruhigen sachlichen Art erinnerte der Minister zunächst daran, wie er vor etwa 20 Jahren erstmals einen unfreiwilligen Aufenthalt in Backnang zu nehmen hatte, als er als Steuerkommissär eine Amts- u. Kassensivitation hier vornehmen mußte. Damals seien allerdings noch andere Zeiten gewesen als heute. Wer hätte damals auch gedacht, daß die Lage sich so entwickeln werde, wie es nun inzwischen geschehen ist. Ueber die vorhandene katastrophale Lage, die bei längerer Dauer und weiterer gleichgerichteter Entwicklung unfehlbar zum Zusammenbruch auch des letzten Restes unserer Wirtschaft führen muß, ist sich inzwischen jeder klar geworden, denn jeder bekommt den herrschenden Tiefstand zu spüren und es ist heute keiner mehr da, der sich über die wirtschaftliche Lage hinwegtäuschen läßt. Wir haben jetzt über 6 Millionen Arbeitslose bei 21 Millionen Arbeitnehmern. Das bedeutet, daß von 7 Arbeitnehmern 2 erwerbslos sind. Nimmt man von jedem Erwerbslosen im Durchschnitt nur rund 800 M im Jahr an Unterhaltungsaufwand an und rechnet dazu noch den Ausfall von produktiver Arbeit im Betrag von 1800 M, so bedeutet allein die Arbeitslosigkeit für unser Volk einen Jahrespassivposten von 14 1/2 Milliarden Mark.

Einen zweiten Milliardenverlust bilden für Deutschland die Kriegstribute. Wir haben bisher 67 Milliarden bezahlt ohne Einrechnung dessen, was uns durch die Gebietsverluste verloren ging. Nun sind zwar die Tributleistungen vorläufig ausgesetzt bis zum 1. Juli dieses Jahres. Inzwischen hat die Reichsregierung bei der Entente beantragt, durch einen Sonderausschuß der Bank für internationale Zahlungen nachprüfen zu lassen, ob Deutschland noch zahlungsfähig ist und in dem Gutachten dieser Sachverständigen ist auch ausgesprochen worden, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig sei. Die darauf vorgesehene Tributkonferenz in Lausanne ist indes von Frankreich hintertrieben und auf den äußersten Termin, Juni d. Js., verschoben worden. In Frankreich erklären aber Presse und Minister jetzt schon, daß sie nur mit einer Stundung um weitere 1-2 Jahre einverstanden seien, danach müßten die Zahlungen wieder aufgenommen werden.

Einen dritten Milliardenverlust der deutschen Wirtschaft, an den zunächst nicht jeder denkt, haben wir in der sogen. „Bananenseuche“ oder in dem „Auslandsfimmel“, in dem alten deutschen Erbübel, die deutschen Waren gering zu schätzen und die Auslandsware vorzuziehen. Täglich gehen Millionen von Reichsmark ins Ausland für Nahrungs- und Genußmittel. Jährlich sind dafür etwa 4 Milliarden Devisen erforderlich. Diese Einfuhr beträgt 16 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, für Bananen allein wurden 1930 noch 52 Millionen Reichsmark bezahlt. Würden für all dies Geld einheimische Erzeugnisse gekauft, so wäre damit im Inland

# Krieg gegen die Sowjetunion!

Proletariat! Heraus  
zur öffentlichen

## Kundgebung

am Sonntag, den 3. April  
ab 7 Uhr im Engelsaal

Referent: Kamerad **Mühlner, Stuttgart.**

Thema:

Für den Kandidaten der Armen — Für aktive Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchina

**Program:** Lichtbilder, Musik, Rezitation, Sprechchor  
und Agitproptruppe.

Werttätige Bodnungs erscheint zahlreich. Unto tenbeitrag 20 J. Erwerblosok 10 J. Freie Ansprache  
**Kampfbund gegen den Faschismus Ortsgruppe Backnang**

Abb. 121: Annonce im MB vom 2. April 1932 zu einer Veranstaltung des Kampfbundes gegen den Faschismus am 3. April im Engel.

Arbeit und Verdienst geschaffen für unzählig viele deutsche Arbeiter. Der Reichsernährungsminister Schiele<sup>18</sup> hat ausgerechnet, daß durch diese Ausländerei an Löhnen soviel ausfällt, daß für 1,3 Millionen Arbeitsgelegenheit geboten wäre. Er hat auch ausgeführt, daß Deutschland in seiner Ernährung nicht mehr auf das Ausland angewiesen ist, es kann sein benötigtes Brot auf eigener Scholle beschaffen. Das ist von Bedeutung, weil wir durch die Devisensperre nicht mehr in der Lage sind, noch große Mengen Auslandsprodukte einzuführen. Daraus erwächst für jeden Bauern die Pflicht, gerade in diesem Jahre soviel als möglich zu tun, damit wir eine gute Ernte bekommen und unabhängig werden vom Ausland.

Der Minister kommt dann noch einmal auf die heutigen Zustände zu sprechen, die dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft immer mehr einschrumpft. Einschränkungen folgen auf Einschränkungen, ein Betrieb nach dem andern kommt zum Erliegen. Die Folge ist neue Arbeitslosigkeit. Das Vermögen der Sozialversicherung ist aufs schwerste gefährdet. Invaliden- und Unfallversicherung schulden der Reichspost schon 50 Millionen. Die Landwirtschaft muß ihre Erzeugnisse verschleudern oder verfaulen lassen, ihre Kaufkraft für Gewerbe und Industrie ist verloren gegangen, sie selbst ist mit der Vernichtung bedroht. Sein Vieh hat der Bauer ein Jahr umsonst gefüttert, denn es wird ihm dafür heute weniger bezahlt als voriges Jahr, als er es eingekauft hat. Auch der Wald liefert keinen Ertrag mehr. Das Sturmholz verfault im Wald, weil kein Absatz dafür vorhanden ist. Und bei uns ist ein Drittel Waldbestand. Das Paradies, das man uns nach der Revolution versprochen, blieb in jeder Hinsicht eine Fata morgana. Statt dessen sehen wir überall Verelendung, Not und Hunger des ganzen Volkes.

#### **Die Auswirkung der heutigen Lage auf Reich, Staat und Gemeinden.**

Die Frage, wie sich all die gewordenen Verhältnisse und Zustände auf die öffentlichen Haushalte auswirken, beantwortet Minister Dr. Dehlinger mit dem kurzen Wort „katastrophal“, mit dem durchaus nicht zuviel gesagt sei. Die deutschen Finanzen sind in größter Unordnung. Kaum sei beim Reich ein Mangel gedeckt, so trete ein neuer auf. Die Tribute zerrütten die

## **Die Wahlparole des Stahlhelm B. d. F.**

**für Württemberg und Hohenzollern  
Kampf den roten Parteien und ihrem System.  
Keine Stimme einer Parteidiktatur.  
Jede Stimme den nationalen Parteien.  
Alle Stahlhelmsstimmen den Stahlhelmskameraden,  
die zur Wahl aufgestellt werden.  
Alle Kräfte hinein in die nationale Front!**

Abb. 122: Annonce im MB vom 4. April 1932 des Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten.

Steuern und die Finanzen. Statt versprochener Steuersenkung nach Annahme des Youngplanes mußten Milliarden neue Steuern geschaffen werden. Die Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinden müssen von Monat zu Monat neu abgedrosselt werden. Die Sachausgaben sind bis zum äußersten eingeschränkt worden. Die Beamten haben eine Gehaltskürzung nach der andern über sich ergehen lassen müssen, insgesamt schon 19-23 Prozent ihrer Bezüge. Kein Stand und Beruf ist von schweren Opfern verschont geblieben.

Nun wird unsere Finanzlage noch verschärft durch die Rückzahlung der kurzfristigen Auslandskredite. Sie sind zu 12 Milliarden geschätzt worden, von denen schon 5 Milliarden abgezogen worden sind, weil das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland erschüttert ist und es von seinem Geld jetzt soviel als möglich zu retten sucht. Man weiß aber dort auch, daß beim deutschen Volk nicht mehr viel zu holen ist. Wenn das um 6 Monate verlängerte Stillhalteabkommen zu Ende geht, entstehen neue Gefahren, weil Frankreich darauf besteht, daß die Tributzahlungen allen anderen Verpflichtungen vorangehen sollen. Der schwarze Juli vorigen Jahres hat gezeigt, daß kurzfristige Auslandskredite Gift sind für unser Volk und eine unheimliche Waffe für Frankreich gegen uns. Aber auch das deutsche Volk selbst hat den Glauben an sich verloren, sonst hätte es nicht

<sup>18</sup> Martin Schiele (1870 bis 1939). Politiker. 1925 Reichsinnenminister. 1927/28 und 1930 bis 1932 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

eine Milliarde Mark gehamstert und im Strumpf versteckt. Das ist das Verkehrteste, was man machen kann, denn nicht nur geht der Zins verloren, das Geld kann auch gestohlen werden, dazu kommt, daß die Spar- und Darlehenskassen kein Geld in die Hand bekommen, das die Wirtschaft befruchten kann. Im Zusammenhang damit erinnert der Redner an das Beispiel des Künzelsauer Sparvereins, der nach über 100jährigem Bestehen zusammenbrach, weil einzelne von den 10 500 Sparern im Eigennutz ihre Gelder zurückverlangten. Der Staat konnte der Konsequenzen wegen nicht helfend eingreifen, obwohl nur eine Million dazu nötig gewesen wäre. All das zeigt, daß wir ein armes Volk geworden sind, das schwer verschuldet ist und vor dem Bankerott, vor dem völligen Zusammenbruch steht und auch zu sich selbst kein Vertrauen mehr hat.

### Was ist schuld an allem? Wie kann geholfen werden?

Wenn man helfen will, dann muß man, wie der Arzt, erst die Ursache der Krankheit feststellen. Zuerst muß das Gift aus dem kranken Körper heraus, dann erst kann die Gesundheit eintreten, kann bei dem Kranken wieder die Lebenslust erwachen. Als Hauptursache unserer Not bezeichnet der Redner die **verfehlte Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik** und vor allem die seitherige **Erfüllungspolitik**. Er führte dazu einige prominente Zeugen aus Wirtschaft und Politik an, so den Großindustriellen Krupp, der in seinem Geschäftsbericht den Tiefstand der Wirtschaft nur auf die ungeheuerlichen Belastungen durch die neuzeitliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik zurückführt. Nur bewußte Abkehr von der seitherigen Lohn- und Sozialpolitik könne eine Besserung der Lage bringen.

Auch der Zentrumsführer Prälat **Kaas**<sup>19</sup> hat in einer Rede in Trier erklärt, daß die ganze Art der Lohn- und Sozialpolitik ein Schauturnen vor den Massen gewesen ist und eine Kapitulation vor der Straße. Und die Basler Nachrichten schrieben vor 3 Jahren, daß in Deutschland die Wirtschaftsordnung von den Gewerkschaften bestimmt werde und die deutsche Regierung diesen gegenüber allzu nachgiebig sei und eine untragbare Steuerpolitik betreibe.

Wenn man diese Äußerungen ansehe, finde man, daß zwei Dinge an unserem Elend schuld

sind: Die Erfüllungspolitik und die Interessen- und Klassenpolitik, mit anderem Wort, der Sozialismus.

### Wie hat sich nun die Not auf unser Württemberg ausgewirkt?

Unser Land und Volk sind bisher eine der besten Ordnungsquellen im deutschen Reich gewesen. Die Arbeitslosigkeit war bei uns immer noch am geringsten im Vergleich zu den übrigen Staaten des Reiches. Wir würden sogar mit 3 1/2 Prozent Arbeitslosenversicherung auskommen. Auch die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist bei uns noch die niedrigste. In Hessen und Preußen ist sie viermal so hoch. Ebenso sind bei uns die Finanzen von Staat und Gemeinden im allgemeinen noch in Ordnung. Dafür sind 3 Ursachen der Grund: Einmal der gediegene Volkscharakter, dann der zähe Fleiß, die Gründlichkeit, Zuverlässigkeit, Anspruchslosigkeit, Gottesfurcht und Gottvertrauen. Weiterhin als zweites die gesunde Mischung von Landwirtschaft und Industrie, die Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Und als drittes kommt hinzu, daß wir eine Finanzpolitik der württ. Staatsregierung hatten, die vom sozialistischen Diktat unberührt war. Wir haben in den letzten 8 Jahren eine gesunde solide Finanzpolitik nie verlassen. Wir hatten bisher eine Rechtsregierung, die erst in den letzten 2 Jahren durch die Parteien der Mitte erweitert wurde. Dann haben wir stets nach dem Grundsatz gehandelt: Keine Ausgabe ohne Deckung, ebenso stellen wir unsere Finanzpolitik auf weite Sicht ein. Der Haushalt muß immer ausgeglichen werden. Das gilt nicht nur für den Staatshaushalt, sondern auch für die Haushalte der Gemeinden. Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten. Und so haben wir lieber gespart als Schulden gemacht; vor allen Dingen haben wir keine kurzfristigen Kredite genommen. Gleich im Jahre 1924 haben wir uns ein Betriebs- und Reservekapital von 16 Millionen Mark geschaffen. Vor allem trieben wir keine Tagespolitik, die den Massen schmeichelt. Wir haben keine Versprechungen gemacht, dafür aber haben wir auch den Gemeinden gegenüber eine starke Hand gezeigt und sie zum Sparen gezwungen. Wir schufen einen Ausgleichsfond von 4 Millionen für die leistungsschwachen Gemeinden. So war es uns möglich, den

<sup>19</sup>Ludwig Kaas (1881 bis 1952). Katholischer Theologe, Politiker. 1928 bis 1933 Vorsitzender der Zentrumspartei.

Haushalt 7 Jahre hindurch auszugleichen und die Staatssteuern von 8 auf 5 Prozent zu senken.

Infolge dieser Finanzpolitik gelang es uns noch kurz vor 12 Uhr, in der Schweiz eine langfristige Anleihe von 25 Millionen, die 8mal überzeichnet wurde, hereinzubekommen und eine weitere von 6 Millionen auf 15 Jahre. Diese solide Politik gab uns die Mittel in die Hand, unser Volk auch in dieser schweren Zeit vorwärts zu bringen. Wir konnten Millionen ausgeben für die Herrichtung der Durchgangsstraßen, ebenso konnten große Beiträge an Amtskörperschaften und Gemeinden für Straßenbauten usw. gegeben werden, wodurch die Arbeitslosigkeit vermindert wurde. Durch den 30 Millionen-Vertrag mit der Reichsbahn wurde der zweigleisige Ausbau der Nord-Südbahn Osterburken-Tuttlingen ermöglicht, von dem indirekt auch Backnang Vorteile haben wird. Der Minister geht auf diese Sache noch näher ein, insbesondere auf die Elektrifizierung, für die eventuell auch die Linie Bietigheim bezw. Ludwigsburg-Backnang in Frage kommt.

Auch für den Haushalt 1931/32 war der Ausgleich noch möglich, allerdings nur durch scharfe Abdrosselung der Ausgaben. Inzwischen aber ist die katastrophale Entwicklung weiter gegangen, sodaß man nicht mehr zur Ruhe kam. 21 Millionen gingen weniger an Reichssteuern ein, am Holz waren es 10 Millionen weniger. Von 1930 her waren noch 17 1/2 Millionen Restmittel vorhanden, jetzt sind es nur noch 2 1/2 Millionen. Das schwere Hageljahr erforderte 2 1/2 Millionen Nachschußprämie. Das alles sind Dinge, die wir tragen müssen, für die wir aber nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Deckung des Abmangels bleibt die wichtigste Aufgabe der Staatspolitik. Unterläßt man diese Aufgabe, so treibt man Bankrottspolitik und verfällt der Gnade des Reiches. Man muß hart sein gegenüber allen Einzelwünschen, sonst bleibt der Staat nicht gesund und kann nicht dort eingreifen, wo besondere Not zu heilen ist. Wir haben trotzdem noch mit einem Abmangel von 17-18 Millionen zu rechnen. Durch 2 Postabfindungszahlungen können hievon 8 Mill. gedeckt werden. Ein neuer kleiner Sparschuss wird den Etat nach neuen Sparmöglichkeiten durchgehen. Für 1931 wird man vielleicht noch durchkommen, für 1932 werden noch 6-7 Millionen fehlen.

Nun kommt Minister Dr. Dehlinger kurz auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu sprechen, wonach er an allem Elend schuld sein soll. Er rechtfertigt sich gegenüber diesen Angriffen, die sich oft gegen Maßnahmen richten, für die nicht einmal die Landesregierung, sondern allein die Reichsregierung zuständig ist. Der Steuerdruck, der auf dem Gewerbe liegt, sei eine Folge der Steuerpolitik der württ. Regierung, wird behauptet. Das ist nicht richtig. Es ist nicht die Auswirkung der württ. Steuerpolitik, sondern das ist der Ausfluß der Reichspolitik. Diese Politik hat dazu geführt, daß unser Volk mit etwa 25 Milliarden Steuern und Sozialabgaben belastet ist. Gegen die Gebäudeentschuldungssteuer habe er im Reichsrat gekämpft. Dafür wurde er dann in der Tagwacht als armer Sünder hingestellt, der sich gegen diese Steuer gestemmt habe. Bemängelt wird, daß die Landwirtschaft von dieser Steuer befreit sei. Jede Steuer sei brutal, es komme aber darauf an, wie die Gesamtbelastung sei. Diese muß gerecht sein. Trägt der Handwerker die Gewerbesteuer, so trägt der Landwirt dafür die Grundsteuer. Diese ist schon so, daß man den Bauern nicht auch



Am Freitag, 8. April, abends 8 Uhr  
im Bahnhofhotel (Pl. Gaal)

Oeffentlicher

## Aufklärungsvortrag

von H. Th. Maier-Geislingen über  
Wirtschaftswende — oder Hungersnot!

Hierzu ergeht insbesondere an die Angehörigen  
des Mittelstandes: Gewerbe, Handwerk, Land-  
wirtschaft und Arbeiter Einladung.

Unkostenbeitrag 30 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

**Tannenbergbund Badnang**

Abb. 123: Annonce im MB vom 6. April 1932 zu einer Veranstaltung des Tannenbergbundes am 8. April 1932 im Bahnhofhotel.

noch mit der Gebäudeentschuldungssteuer belasten kann. Die Gebäudeentschuldungssteuer wird jetzt langsam abgebaut; zunächst mit 20 Prozent. Bis 1940 soll sie abgebaut sein. Man kann sie ablösen mit dem dreifachen Betrag der Jahressteuer, wenn sie bis 8. 4. abgeführt wird. Nach dem 1. 10. tritt der 3-fache Betrag des Jahressatzes in Kraft.

Im restlichen Teil seiner Rede kommt Minister Dr. Dehlinger noch auf einige große allgemeine Fragen der Politik zu sprechen. Vom Reich her droht die Gefahr, daß Württemberg in die Schablone eingespannt wird. Jeden Monat gehen 2-3 Millionen Steuern und Abgaben hinaus zugunsten anderer Länder. Die Reichsversicherung hat in den letzten 7 Jahren 42 Millionen an das Reich abgeliefert. Die Reichspost wirtschaftete in den 7 Jahren jährlich 12 Millionen Mark aus Württemberg heraus, die auch über die Grenze gingen. Bei Reichsaufträgen aber nimmt man keine Rücksicht auf unser Gewerbe. Wir müßten 5 Prozent der Aufträge erhalten, bekommen aber nur 3/4 Prozent. In der Waldwirtschaft sind wir am meisten geschädigt. Hunderte von Sägewerken sind bei uns zum Erliegen gekommen. Alles das sind Folgen der Reichspolitik. Alles Wehren dagegen hat nichts genutzt und wir sind jetzt auch mitten drin in der Katastrophe. Was man zuviel bei uns herausholt, wird nicht angerechnet. Wir stehen in der Gefahr, daß auch unsre Wirtschaft vollends erliegt; sie leidet am schwersten unter den Sünden der verkehrten Reichspolitik. Die ganze Art der Lastenverteilung und der Steuerverteilung beim Reich steht davon ab, daß man den Ländern einen Ansporn zur Sparsamkeit gibt. Alles wird auf unserem Rücken ausgetragen. Darum müssen wir trachten, uns die Selbständigkeit zu erhalten. Denn darin liegt unsere Kraft und Stärke. Das kommt auch dem Reich zugut. Wer glaubt, eine andere Politik machen und den Einheitsstaat einführen zu sollen, der versündigt sich an seinem Staat und seiner Heimat. Der Minister lehnt im Zusammenhang damit auch die Verreichlichungsversuche der Sozial- und Unfallversicherung ab. Das bedeutet nicht los von Berlin, denn das Reich soll beisammen bleiben, aber nicht auf Kosten der Länder. Doch wollen wir vom Reich gerecht behandelt werden. Das zu verlangen kann uns niemand übel nehmen. (Schluß folgt.)

Mit Notverordnungen wollte man der Not steuern. Das hat nichts geholfen. Man muß klar und nüchtern die Verhältnisse überstehen, mit

dem Ziel herauszukommen. Alles drängt jetzt auf die letzte Entscheidung und man hat den Eindruck, als ob das Volk jetzt selbst einsieht, daß es mit Egoismus, Selbstsucht und Klassengeist keine Rettung mehr gibt. Wer jetzt noch nur an sich selbst, an seine Partei denkt, und nicht das Gesamtwohl im Auge hat, der treibt unser Volk dem Abgrund zu. Jetzt geht es ums Ganze, Einzelmaßnahmen genügen nicht mehr, man muß dem Uebel an die Wurzel gehen. Mit wirtschaftlichen Mitteln allein kann nicht geholfen werden. Wir brauchen einen nationalen Wiederaufbau, wir müssen uns umstellen, müssen das Rad herumdrehen, das ganze jetzige System umstellen und ganze und rasche Arbeit machen. Notwendig ist vor allem eine andere Gesinnung; es müssen wieder lebendig werden die alten großen Ideen der Volksgemeinschaft, der Vaterlandsliebe, der Wehrhaftigkeit und der Religiosität. Alles muß getragen sein von dem unerschütterlichen Willen und Glauben an Deutschlands Wiederaufstieg und von dem Willen zur Freiheit. Wir müssen zum Schöpfer aller Dinge zurückfinden. Unser Volk hat den Boden des Gottesglaubens und der Gottesfurcht verloren. Gott aber hat immer die Führung in der Weltgeschichte gehabt. Der Bolschewismus, der Antichrist ist erstanden, die Gottlosenbewegung versucht die Religion aus Haus und Schule zu verdrängen und dem Volke den Glauben an Gott zu entreißen.

Nationaler Aufbau heißt weiterhin: Los von der Tributpolitik, los von der Klassenpolitik, los vom Sozialismus, der Erfüllungspolitik und der Kriegsschuldlüge. Diese Fragen müssen aufgerollt werden. Auch die Kolonialschuldlüge gehört dazu, die bisher noch auf keiner Auslandskonferenz aufgerollt wurde. Unsere Politik im Reich suchte bisher nur den Nachweis zu erbringen, daß wir nicht mehr bezahlen können. Zuerst hieß es: Erst sanieren, dann revidieren, jetzt sind wir am Ende mit der Kunst des Sanierens. Jetzt sagt die Regierung, wir können nicht mehr. Wir meinen, man sollte diese Sache auch von der sittlichen Seite aus ansehen und sagen: Wir haben bezahlt und wollen nicht mehr bezahlen. Aber nach der Tannenbergrede Hindenburgs, da er feierlich die Kriegsschuldlüge widerrief, hat unsere Regierung diese Rede sabotiert und erklärt, das seien keine amtlichen Auslassungen. Das war aber derselbe Hindenburg, der jetzt wieder auf den Schild erhoben wird von der Regierung. Bei der bekannten Gesinnung Frankreichs, wie sie in den letzten

**Eiserne Front**  
 Heute abend 8 Uhr im Bahnhofshotelsaal  
 Öffentliche  
**Volkversammlung**  
 Reichstagsabg. **Erich Rothmann**  
 spricht über das Thema  
**„Wir schlagen Hitler endgültig!“**  
 Republikaner, Arbeiter, heraus zur Versammlung.  
 Unkostenbeitrag 20 Pfg., Arbeitslose 10 Pfg.  
**Die Kampfleitung der Eisernen Front**

Abb. 124: Annonce im MB vom 6. April 1932 zu einer Veranstaltung der Eisernen Front am selben Tag im Bahnhofshotel.

13 Jahren zum Ausdruck gebracht worden ist, wird auf dem Wege der Verständigung nichts zu erreichen sein. Es wird für uns nicht ohne harte politische Zugeständnisse abgehen, um Frankreich zum Verzicht auf die Tribute zu bewegen. Wir müssen aber auch loskommen vom Sozialismus. Insbesondere muß die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskräfte, der starre Tarifzwang fallen. Es darf keine politischen Löhne mehr geben. Das starre Lohnsystem erleichtert die Wareneinfuhr und hindert die Ausfuhr, und schafft weitere Arbeitslosigkeit. Die vom Sozialismus beherrschten Staaten sind von diesem bankerott regiert worden. An die Stelle des Sozialismus muß bei uns die Rückkehr zur nationalen Wirtschaftspolitik erfolgen. Insbesondere muß die Kaufkraft der Landwirtschaft gehoben werden. Ein Volk, das seine Landwirtschaft zu grunde gehen läßt, geht zu grunde. Die Landwirtschaft retten, heißt das Volk retten. Nicht in ein Faß ohne Boden dürfen die Opfer fallen, nicht Interessen- oder Klassenpolitik dürfen wir betreiben, wenn wir wieder aufwärts kommen wollen. Aber es wird ein langer, dornenvoller Weg sein, den wir zu gehen haben. – Zum Schluß gab der Redner noch eine kurze Erklärung ab, warum die Deutschnationale Volkspartei kein Interesse am 2. Wahlgang zur

Reichspräsidentenwahl hat. Hindenburg ist gewählt, daran wird auch der 2. Wahlgang nichts ändern. Es gilt jetzt, die Kräfte zur Landtagswahl zu konzentrieren. Es kommt dabei darauf an, ob Württemberg die Ordnungszelle bleiben soll, die es bisher war. Gerechtigkeit, Ordnung und Ruhe im Staat und Volk zu erhalten ist unser Ziel und nun haben die Wähler es in der Hand, ob dies Ziel erreicht werden soll, denn alle Gewalt geht vom Volke aus.

Den klaren, eindringlichen und sachlichen, aber auch ebenso überzeugenden Ausführungen des Ministers Dr. Dehlinger zollte die Versammlung am Schluß starken Beifall.

Als zweiter Redner sprach nunmehr **Rechtsanwalt Dr. Schott**-Stuttgart. Nachdem er von der Deutschnationalen Volkspartei für den Bezirk Backnang und einige benachbarten Oberämter als Spitzenkandidat aufgestellt worden sei, könne man von ihm wohl erwarten, daß er sage, wie er sich die Politik unseres Landes denke und wie die Partei bisher ihre Politik betrieben hat. Von jeher sei das Ziel der Württ. Bürgerpartei die Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte des Bürgertums gewesen, die sich gegen den Sozialismus zu wehren hatten. Von jeher vertrat die Bürgerpartei die Ansicht, daß die kampflöse Aufgabe der Grundlagen in Industrie und Landwirtschaft schädlich sei und zum Ruin führen müsse. Das Ziel einer gesunden Politik müsse sein: Erhaltung eines gesunden Bauernstandes, eines gesunden Mittelstandes und einer leistungsfähigen Industrie. Wir wollen eine Volksgemeinschaft und wollen, daß der christliche Gedanke erhalten bleibt. Das wollten wir von Anfang an und sind dieser Auffassung immer treu geblieben.

Der Redner erörtert im Folgenden das Zusammenfassende der nationalen Kräfte gegenüber den beiden großen Kräften und Mächten des Zentrums und der Sozialdemokratie. Er zeigt, wie schon Helfferich<sup>20</sup> gegenüber der ungesunden Sozial- und Steuerpolitik gewarnt habe. Gegen die Kriegsschuldlüge, gegen die Erfüllungspolitik standen die Deutschnationalen immer im Kampf. Er verweist auf die im Dawesplan festgelegten Voraussetzungen, wonach Tribute nur aus Ausfuhrüberschüssen gezahlt werden sollten, auf Hugenberg's Brief an 2000

<sup>20</sup>Karl Helfferich (1872 bis 1924). Nationalökonom, Bankier, Politiker. 1920 bis 1924 Vorstandsmitglied der DNVP.

Amerikaner, den Kampf gegen den Youngplan, erinnert an die damals dem Volk gegebenen und nicht gehaltenen Versprechungen und geht weiterhin näher darauf ein, daß und warum es mit der deutschen Not nicht so weit gekommen wäre, wenn eine starke nationale Führung die Leitung des Reiches in der Hand gehabt hätte. Das beweise Württemberg, das wesentlich besser daran sei wie viele andere deutsche Länder. Im Zusammenhang damit vergleicht der Redner die preußischen und die württembergischen Regierungskoalitionen und geht danach im Einzelnen auf die Regierungspolitik des Zentrums ein. In Preußen und im Reich habe das Zentrum es meisterhaft verstanden, seine Stellung zu stärken und auszubauen. Mit dem alten römischen Grundsatz: „Teile und herrsche“ festigte es seine Macht und versammelte um sich einen Kreis von Trabanten.

Nachdem **Dr. Schott** die Politik des Zentrums und sein Doppelgesicht beleuchtet, kulturpolitische Streiflichter aus Preußen gezeichnet und auch Brünings Art und Wesen unter die Lupe genommen, widmete er im Hinblick auf Württemberg den beiden Splitterparteien Christlicher Volksdienst und Volksrechtspartei einige kritische Ausführungen, denen wir den katholischen Staatspräsidenten und den sozialdemokratischen konfessionslosen Landtagspräsidenten zu danken haben. Dank der Stärke der nationalen Parteien (Bürgerpartei und Bauernbund) wurde aber bei uns das Zentrum gezwungen, im Gegensatz zu Reich und Preußen, wo es mit der Sozialdemokratie geht, eine nationale Politik zu machen. Das Zentrum wird aus taktischen Gründen immer dort zu finden sein, wo die starken Parteien stehen.

Als nationale Partei lehnt die Bürgerpartei jede Sozialisierung ab. Sie wendete sich schon damals scharf dagegen, als man die Sozialisierung als eine Aufgabe des Staates in der Verfassung verankern wollte. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß wir möglichst viele Einzelexistenzen haben müssen und es muß unsere Aufgabe sein, den Mittelstand in Stadt und Land zu kräftigen. Auf unseren Antrag wurde in die Verfassung aufgenommen, daß der Mittelstand lebenskräftig zu erhalten ist. Wir brauchen im Staatsinteresse eine gesunde Landwirtschaft, ein gesundes Gewerbe und gesunde Industrie. Es ist an sich sehr einfach, die Industrieunterneh-

mungen mit Steuern und Abgaben stark zu belasten. Aber welcher Arbeiter ist besser daran, der, der durch die steuerliche Ueberbelastung der Betriebe auf die Straße gesetzt wurde oder der, der dank unserer Vorsorge seinen Arbeitsplatz noch hat?

Nach einigen Darlegungen zur Sparpolitik im Staatshaushalt, die sich im Wesentlichen mit denen des Ministers Dr. Dehlinger decken und wobei der Redner betont, daß die Bürgerpartei da, wo es notwendig war, auch in den Ausgaben nicht zurückgehalten und nur dort gebremst hat, wo es tatsächlich möglich und notwendig war, kommt er zum Schluß.

Die Aufgabe im künftigen Landtag wird sein, sagt er, eine Regierung zu bilden, die den Interessen des Volkes dient. Wenn wir unserem Volk und Vaterland dienen wollen, gilt es dafür zu sorgen, daß keine kleinen Grüppchen in den Landtag kommen, die nur Spielball des Zentrums sind, sondern Parteien gewählt werden, die eintreten für nationale Politik, für Kultur und Christentum. Wenn die Wähler dafür sich einsetzten, dann geht es langsam, aber sicher wieder aufwärts. Auch diesem zweiten Redner zollte die Versammlung lebhaften Beifall. Es folgte ohne Aufenthalt sofort eine **Aussprache**.

Zunächst erörterte Fabrikant **Teufel-Backnang** einige Ausführungen des Ministers Dr. Dehlinger. Er kritisierte die Steuerpolitik, sprach davon, daß man die Umsatzsteuer trotz Preisabbau-Notverordnung auf 4-5 Prozent erhöhen wolle und bedauerte den Abfluß der Erwerbslosenbeiträge aus Württemberg in andere Länder. Jedes Land sollte seine Erwerbslosen selbst erhalten. Dann sprach er noch kurz zur Devisenbewirtschaftung und stellte die Frage, ob es nötig gewesen sei, die Deflation sich so stark auswirken zu lassen.

Finanzminister Dr. **Dehlinger** ging anschließend sofort auf diese Ausführungen ein und gab Rede und Antwort. Von einer Erhöhung der Umsatzsteuer ist ihm nichts bekannt. Die Devisenbewirtschaftung erfolge nach den Anweisungen von Berlin. Dadurch, daß **33 Staaten hohe Zollmauern gegen die Einfuhr aufrichteten**, war auch die Reichsregierung gezwungen, sogen. Kampfzölle einzuführen (Butterzoll). Auf die Deflation hat die Regierung keinen Einfluß. Durch Abzug von 5 Milliarden Auslandskredite fehlt das Geld im Inlandverkehr. Auch das ist also

eine Folge der bisherigen Reichspolitik und des mangelnden Vertrauens zum deutschen Volk. Um aus all dem herauszukommen, brauche man eine andere Gesinnung im Volk, sei es nötig, loszukommen von der Kriegsschuldfrage und vom Sozialismus. Das Ziel der württ. Regierung und seine eigene Gedankeneinstellung sei, gerecht zu sein und für Ordnung zu sorgen im ganzen Staat. Er, der Redner, sei bereit, in dieser Weise weiter zu arbeiten, wenn man ihm bei der kommenden Wahl das Vertrauen schenke.

Bezirksgeschäftsführer **Pfähler**-Welzheim vom Bauernbund weist darauf hin, daß die Führer einen schweren Erntewagen voll Sorgen auf glatter Straße heimzufahren haben. Er vergleicht das Verhältnis zwischen Bürgerpartei und Bauernbund mit einer treuen Ehe. Wir werden nur vorwärtskommen, wenn diese Ehe weiter gefördert wird. Er würde es begrüßen, wenn die beiden Redner auch einmal vor der Wahl in Welzheim

sprechen würden, denn es sei nötig, den Wählern in den Wirren der Zeit klare Wege zu zeigen.

Bank-Kassier **Reihle**, Murrhardt sagte als Nationalsozialist namentlich dem Zentrum scharfen Kampf an. Das jetzige System im Reich müsse zerbrochen werden, damit für das Vaterland und auch für Württemberg noch eine Rettung möglich sei.

Rechtsanwalt Dr. **Schott** rechtfertigt zum Schluß noch die Stellungnahme der Deutschnationalen zum 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. An dem Ergebnis der Wiederwahl Hindenburgs sei nichts mehr zu ändern. Hitler hole die große Stimmendistanz nicht mehr ein. Deshalb verzichten die Deutschnationalen auf den 2. Wahlgang und werden sich in den Länderwahlen mit der ganzen Kraft einsetzen, um das System zu brechen, denn hier können sich die Gegner nicht hinter den breiten Rücken Hindenburgs verstecken.

## Rundfunk-Mißbrauch!

Deutscher Wähler! Ist es dir schon aufgefallen, daß am Rundfunk nur Brüning und Hindenburg Wahlreden halten und daß man dem Kandidaten des deutschen Volkes Adolf Hitler den Gebrauch des Rundfunkes verboten hat?

1925 sprachen beide Kandidaten im Rundfunk, heute verbietet man dem Führer der größten deutschen Partei, eine Wahlrede im Rundfunk zu halten, während jeden Abend Brüning mit seinen Reden auf das Volk losgeht.

Wenn du dich von diesen Herrn nicht einseitig unterrichten lassen willst, dann gehe am

**Gamstag, den 9. April 1932** abends 8 Uhr in den

**Gaal des Bahnhofels.** Dort spricht der

**Nationalsozialist F. Neßebeck**

zu dem Thema:

**Adolf Hitler,** der Kandidat  
des deutschen Volkes

Abb. 125: Annonce im MB vom 7. April 1932 zu einer Veranstaltung der NSDAP am 9. April 1932 im Bahnhofhotel.

Damit war die Aussprache beendet und der Vorsitzende konnte mit Dankesworten die schön und eindrucksvoll verlaufene Versammlung schließen

W. Kz.

## 85. Redaktioneller Hinweis auf den Vortrag von Th. Maier vom Tannenbergbund

Quelle: MB 7. April 1932.

**Backnang.** Auf den am Freitag den 8. März [falscher Monat in Zeitung, richtig: April] im Bahnhofhotel stattfindenden Vortrag von Herrn Th. Maier-Geislingen wird noch besonders nachdrücklich hingewiesen. Ueber die Wirtschaftskrise und das Elend der Arbeitslosigkeit reden viele, aber bis jetzt ist kein Versuch zu durchgreifendem Erfolg gekommen. Der Redner, im praktischen Wirtschaftsleben stehend, weist den Weg, wie man mit ganz einfachen Mitteln die Arbeitslosen wieder in den Kreis der Schaffenden einbeziehen und dadurch das ganze Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen kann. Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft werden denselben Weg gehen wie der Arbeiter, den Weg der Ausbeutung durch den Weltkapitalismus, wenn sie sich nicht in letzter Stunde selbst helfen und sich gegen diese Feinde der Wirtschaft und des Volkes zur Wehr setzen.

## 86. Diverse Annoncen unterschiedlicher Parteien zur Reichspräsidentenwahl

Quelle: MB 8. April 1932; die Anzeige des Hindenburg-Ausschusses wurde am 9. April in ähnlicher Form und ähnlichem Inhalt wiederholt.

**Einigkeit! und Recht! und Freiheit!** Mahnung und Verheißung zugleich sind diese Worte aus dem Liede der Deutschen. Aber es gibt heute irgendwo einen Mann in Deutschland, der – hoch über dem Gezänk der Parteien stehend – diese Worte mehr werden lassen könnte als nur Worte, nur Verheißung! Ja! Einen gibt es: **Hindenburg!**

Wer ist in Deutschland der Einzige, der immer und immer wieder seine Stimme mahnend erhebt für inneren Frieden und Einigkeit? **Hindenburg!**

Wer ist seit den Tagen des Waffenstillstandes der Vorkämpfer für Deutschlands Recht zu leben, sich zu entwickeln? **Hindenburg!**

Wer hat als einer der ersten die historischen Worte gesprochen von der Reinheit des deutschen Schwertes und damit vor aller Welt Deutschlands moralischen und juristischen Anspruch auf Freiheit und Gleichheit festgestellt? **Hindenburg!**

Als ein **Vorbild deutscher Pflichttreue bis zum Letzten** hat Hindenburg den Kampf um das Leben des deutschen Volkes, um die Freiheit der deutschen Heimat aufgenommen in jenen historischen Tagen des August 1914. Er hat diesen Kampf weitergeführt bis zum heutigen Tage. Und als **überparteiischer Treuhänder der deutschen Einigkeit** muß und wird er ihn weiterführen auch in der Zukunft. In seiner Person, diesem Symbol wahren Deutschtums, vereinigen sich die besten Charaktereigenschaften der Deutschen: **Pflichttreue, Demut, Gottesglaube und Vaterlandsliebe.** In der abgeklärten Ruhe seines ehrwürdigen Alters liegt die Gewähr dafür, daß alle sinnlosen Experimente unterbleiben und daß mit eiserner Energie hingearbeitet wird auf das eine große Ziel, das uns alle eint: **Deutschlands Zukunft!**  
Hindenburg-Ausschuß

**Adolf Hitler will Ostpreußen an Polen verraten!**

Es gibt keine Lüge und keine Verleumdung, die zu dumm ist, als daß die Young-Parteien sich ihrer nicht bedienen würden.

Ein Beispiel: Vor 14 Jahren schrieb der „Vorwärts“, daß Deutschland seine Fahnen nicht mehr siegreich heimbringen dürfe. In dieser Absicht wurde dann die Revolution gemacht. Es kam damit der Zusammenbruch und nun erfolgte die leichtsinnigste und gewissenloseste Preisgabe deutschen Grund und Bodens von Millionen Deutscher, wie man sie in Jahrhunderten nicht erlebte. Ueber 15 Millionen Deutsche wurden durch die Spitzenparteien in den Friedensverträgen durch eigene Unterschrift dem Ausland zugesprochen. Das Zentrum und die Sozialdemokratie, die beide schon im Frieden im Deutschen Reichstag als unentwegte Freunde und Bundesgenossen der Polen aufgetreten waren, erlebten nun die Früchte ihrer Politik. Adolf Hitler, der 4 1/2 Jahre an der Front kämpfte, hat diese Politik lange Zeit als Einziger bekämpft. Adolf Hitler ist der einzige deutsche Politiker, der seit dem Jahre 1918 mit keinem

Franzosen verkehrt, keinen französischen oder polnischen Politiker und keinen französischen oder polnischen Journalisten empfangen hat. Adolf Hitler ist vielleicht der einzige Politiker und Führer einer großen Partei, der unentwegt gegen das französische Hegemonie-System in Europa aufgetreten ist, während die schwarzen und roten Politiker und Parlamentarier bald in Paris und bald wieder in der Schweiz mit den Franzosen zusammenhockten! Adolf Hitler war der erste deutsche Politiker, der unentwegt auf den Osten als die große Zukunftsfrage der deutschen Nation hinwies. Adolf Hitler war der einzige deutsche Politiker, der im Interesse der Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichts seit über 12 Jahren für eine Verständigung mit England und für eine Verständigung mit Italien eintrat. Er wurde dafür von Sozialdemokraten und Zentrumsmännern in unerhörter Weise angegriffen. Heute nun angesichts des allgemeinen katastrophalen Zusammenbruchs der schwarz-roten Politik greift man in letzter Verzweiflung unter den zahllosen Lügen und Verleumdungen zur letzten Zuflucht, indem man den Mann, dessen Außenpolitik sich heute als gerechtfertigt erweist, beschuldigt, er habe die Absichten, die die Vertreter des heutigen Systems bisher als eigene besaßen!

In einer Reihe von gigantischen Riesenversammlungen in Lauenburg, Elbing und Königsberg, in denen Hitler an einem einzigen Tag vor über hunderttausend Menschen sprach, erklärte er wörtlich: „13 Jahre lang kämpfte ich für eine Politik der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts. 13 Jahre kämpfte ich gegen den Friedensvertrag von Versailles. 13 Jahre wende ich mich gegen die dauernde Bedrohung Deutschlands im Osten. Allerdings 13 Jahre kämpfte ich auch gegen die, die in Deutschland selbst durch ihre schlechte und falsche Politik für diese Zustände verantwortlich gemacht werden müssen. Wenn heute die schuldigen Parteien in ihrer Verzweiflung vor der Abrechnung durch die Nation zur letzten Lüge greifen und mir die Absicht unterschieben, ich würde den Osten preisgeben, so hoffe ich, daß mir die Vorsehung es gestatten möge, einst durch meine Politik an diesem einen Beispiel der Nation zu zeigen, wie unerhört tief unsere innerpolitischen Gegner gesunken waren und zu welch erbärmlichen Mitteln sie greifen mußten, um sich der Rechenschaft zu entziehen, die ihre fluchbeladene Politik vor ihnen aufsteigen ließ.“

Das ist die Wahrheit! Die Novemberparteien

haben einst den deutschen Boden preisgegeben. Sie fürchten heute das erwachende deutsche Volk. Gebt denen, die soviel Unglück, Jammer und Not über Deutschland brachten, die Antwort! Straft die Parteien, die mit solchen Lügen und Verleumdungen arbeiten, statt Rechenschaft über ihr Mißregiment abzulegen! **Besucht am Samstag die Versammlung der Nationalsozialisten im Bahnhofhotel!**

### Deutsche Frauen!

In Euren Händen liegt das Schicksal der Nation. Am 10. April habt Ihr die Möglichkeit, mit Hilfe des Stimmzettels einen neuen Führer zu wählen. Denkt daran, daß Ihr unter väterlicher Hand 13 Jahre Not gelitten habt und daß Euch das „System“ 13 Jahre lang immer versprach: „Jetzt geht es besser!“ Anstelle der Besserung kam die Not. Deutsche Frau, merke auf! Anstatt die Arbeit der letzten 13 Jahre bekannt zu geben, sucht man krampfhaft das erwachende Volk mit täglich neuen Lügen hinzuhalten. Deutsche Frau! Deine Pflicht ist es, bevor Du am Sonntag zur Wahl gehst, eine nationalsozialistische Versammlung zu besuchen. Am Samstag, 9. April 1932 abd. 8 Uhr spricht im Saal des Bahnhofhotels der bekannte Redner **v. d. Knesebeck, Regierungsrat M.d.R. zu dem Thema: Adolf Hitler**, der Kandidat des deutschen Volkes.

### Dorläufiges amtliches Ergebnis

Berlin 11. April. Das vorläufige Schlüßergebnis des 2. Wahlganges lautet:

		1. Wahlgang
Abgegebene Stimmen	36 491 694	(37 657 193)
Hindenburg	19 359 642 = 53 %	(18 654 244) = 49,6%
Hitler	13 417 460 = 36,8%	(11 341 119) = 30,1%
Thälmann	3 706 368 = 10,2%	(4 982 870) = 13,2%
Düsterberg	— —	2 558 813
Winter	— —	111 492

Abb. 126: Reichsweites Ergebnis der Reichspräsidentenwahl, zweiter Wahlgang (MB vom 11. April 1932).

	Stimmberechtigt	Stimmlose	Abgestimmt	Ungültig	Gültige Stimmen	Hindenburg	Fischer	Thälmann	% abgestimmt
Backnang	6273	142	4772	32	4740	2097	1793	849	76
Allmersbach	334	1	203	—	203	51	143	9	60
Althütte	515	3	350	1	349	119	222	8	68
Bruch	117	—	102	—	102	19	82	1	87
Tottenweiler	139	—	98	1	97	22	75	—	70
Ebersberg	137	2	100	1	99	73	25	1	73
Fornsbach	504	4	310	1	309	125	178	6	61
Grab	339	8	256	—	256	42	211	3	75
Großaspach	771	4	507	3	504	177	300	26	65
Großerlach	361	5	203	—	203	64	137	2	53
Heiningen	151	—	69	2	67	19	47	1	45
Heutensbach	157	2	119	—	119	23	94	2	75
Jug	181	—	108	1	107	21	40	46	59
Lippoldsweiler	400	21	236	—	236	99	115	21	56
Maubach	249	2	160	—	160	45	103	12	64
Murrhardt	2989	53	2142	11	2131	1004	1008	119	70
Neufürstenhütte	139	6	73	—	73	24	45	4	52
Oberbrüden	525	9	240	2	238	60	136	42	45
Oberweißach	254	—	145	—	145	54	89	2	57
Oppenweiler	363	4	267	—	267	75	179	13	72
Reichenberg	689	79	440	7	433	171	211	51	57
Rietenau	259	3	174	2	172	29	141	2	60
Schöselberg	385	9	180	—	180	94	78	8	46
Spiegelberg	461	9	309	1	308	154	135	19	66
Steinbach	535	11	327	1	326	125	169	32	60
Strümpfelbach	170	2	111	—	111	38	66	7	65
Sulzbach a. M.	1652	25	1095	2	1093	337	714	42	66
Unterbrüden	253	1	113	1	112	26	54	32	44
Unterweißach	603	7	369	7	362	130	214	18	61
Waldrems	192	2	94	1	93	42	47	4	49
<b>Oberamtsbezirk</b>	<b>20102</b>	<b>414</b>	<b>13672</b>	<b>77</b>	<b>13595</b>	<b>5359</b>	<b>6851</b>	<b>1382</b>	<b>66</b>

Abb. 127: Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Oberamtsbezirk Backnang (MB vom 11. April 1932).

### 87. Annonce der NSDAP zu einem Vortrag des Regierungsrats von der Knesebeck am 9. April 1932

Quelle: MB 9. April 1932.

Haß Lüge Verleumdung sind die Kennzeichen des Systems im Kampf um die Macht.

Haß gegen den deutschen Frontsoldaten, dem

es gelang, im Kampf gegen die 20 Parteien des Hindenburgausschusses 12 Millionen geeinte, von einem Willen beseelte Wähler auf sich zu vereinigen. Lüge und Verleumdung gegen den Führer der größten deutschen Partei, der dem System seine Sünden anzeigt und den Heuchlern die Maske vom Gesicht reißt.

Deutsche Volksgenossen! Mit welch niederträchtigen Mitteln der Gegner arbeitet (Rundfunkmißbrauch, Zeitungsverbote, Bild- und

Urkundenfälschung usw.), hast Du gesehen; jetzt schau nach, wie die Nationalsozialisten kämpfen. Heute abend 8 Uhr spricht im großen Saale des Bahnhofhotels der bekannte Redner v. d. Knesebeck, Regierungsrat M.d.R., Düsseldorf zu dem Thema: Adolf Hitler, der Kandidat des deutschen Volkes.

Unkostenbeitrag 50 Pfg.

## 88. Bericht zum Vortrag des Tannenbergbunds (Theo Maier) am 8. April 1932

Quelle: MB 12. April 1932.

**Backnang.** Im Vortrag vom Tannenbergbund am letzten Freitag abend zeigte Herr Theo Maier, Geislingen, die wahren Ursachen unserer Wirtschaftsnot und wies den Weg zur Befreiung des Volkes. 3 Raubzüge, so führte der Redner aus, wurden zum Zweck unserer Vernichtung unternommen: der Krieg, die Inflation und die Deflation, an deren Ende wir stehen. Nicht Naturereignisse führten dieselbe herbei, sondern die Tätigkeit der überstaatlichen Mächte. In verschiedenen Werken hat General Ludendorff vor der ganzen Welt die geheime Tätigkeit dieser Volksfeinde enthüllt.

Im zweiten Teil des Vortrags zeigte der Redner an Hand von praktischen Beispielen, auf wel-

che Weise es möglich ist, die eingeschrumpfte Wirtschaft auszuweiten, so daß die Arbeitslosen in kurzer Zeit wieder in den Schaffenskreis eingereiht und die Schmarotzer am deutschen Wirtschaftskörper – Großbanken, Trusts, Warenhäuser – ausgeschieden werden können. Um seiner selbst willen sollte das deutsche Volk auf die Ratschläge des Mannes hören, der den Kampf mit den überstaatlichen Mächten aufgenommen hat, seit er ihr schädliches Wirken erkannte. Denn alles, was Ludendorff vor und in dem Kriege je befürchtet hat, ist eingetroffen, weil man auf seine Warnungen nicht gehört hat.

## 89. Bericht über das Thema „Notstandsarbeiten“ und anderen sozialen Problemen auf einer Sitzung des Backnanger Gemeinderats

Quelle: MB 15. April 1932.

Auf die **Dolenarbeiten zum Bürgerheim** hat Maurermeister Bäuerle mit 1 072 M das billigste Angebot abgegeben. Die Arbeit wird ihm übertragen unter der Bedingung, daß nur in Backnang wohnhafte Arbeiter beschäftigt und die dem Angebot zu Grunde liegenden Tariflöhne bezahlt werden. [...]

Nach Erledigung der Tagesordnung wird von Stadtrat Erb<sup>21</sup> vorgebracht, von den **Arbeitslosen und Wohlfahrtserwerbslosen** seien in letzter Zeit verschiedene „Anträge“ an den Gemeinderat gestellt worden, aber nicht zur Beratung gelangt. Die kommunistische Fraktion könne mit dieser Behandlung durch den Vorsitzenden nicht einverstanden sein und protestiere dagegen, daß die Anträge immer wieder in den Papierkorb geworfen werden. „Das verursache Druck gegen den Stadtvorstand und man werde sehen, daß in aller nächster Zeit die Erwerbslosen zu andern Mitteln greifen werden.“

Der Vorsitzende weist Drohungen und Druckmittel ernstlich zurück. Es seien keine Eingaben in den Papierkorb geworfen, sondern alle beantwortet worden, allerdings sei es jetzt so weit, daß künftig infolge der vielen Eingaben eine Antwort nicht mehr erteilt werde. Im übrigen sei es zunächst seine Sache, zu entschei-



Abb. 128: Annonce im MB vom 12. April 1932 zu einer Veranstaltung der DDP am 14. April 1932 im Bahnhofhotel.

<sup>21</sup> Gerbereiarbeiter Friedrich Erb (geb. 1896, 1961 nach Strümpfelbach verzogen) wurde am 9. Dezember 1928 als Kandidat der KPD in den Gemeinderat gewählt (MB 11. Dezember 1928).

den, ob und wann ein Gesuch dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen sei. Es sei durchaus in Ordnung, daß eine Eingabe, wenn sie Forderungen stelle, die der Gemeinderat soeben erfüllt aber abgelehnt habe, nicht dem Gemeinderat unterbreitet werde. Es sei bald unerträglich, in welcher anmaßender und unberechtigter Weise einzelne Erwerbslose fortgesetzt mit Eingaben an die Stadt herantreten; kaum sei ein Wunsch erfüllt worden, so komme schon wieder ein Gesuch, das weitere Forderungen enthalte. Man habe den Eindruck, daß es sich um ein systematisches Vorgehen handle, was sich namentlich auch darin zeige, daß die Unterzeichner immer wieder wechseln und meist gar nicht legitimiert seien, die Erwerbslosen zu vertreten. Er und das Fürsorgeamt prüfen jedes Gesuch, aber entschieden werde nach den **einzelnen persönlichen Verhältnissen**. Das Fürsorgeamt sei bald rat- und mittellos und durch solche Gesuche über Gebühr in Anspruch genommen. Es sei undankbar, immer wieder in kurzen Zwischenräumen von kaum einer Woche Eingaben zu machen, zumal die auf der Bleichwiese beschäftigten Erwerbslosen fast restlos ihre Wünsche erfüllt erhalten hätten. Es stehe jetzt allmählich so, daß die Bürgerschaft wie auch andere arbeitslose Kreise es nicht verstehen, daß immer und immer wieder „gefordert“ werde. Die Stadt habe wirklich in diesem Winter getan, was irgend möglich sei, in keiner Stadt sei s. W. mehr geschehen. Die Drohung sei offenbar der Dank für die von ihm in die Wege geleitete **Winterhilfe**.

Aus den weiteren Ausführungen des Vorsitzenden bzw. aus den Akten ist festzustellen, daß seit Herbst v. J. seitens der Arbeitslosen und der auf der Bleichwiese beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen insgesamt 10 Eingaben gemacht wurden. Davon wurden 6 im Gemeinderat behandelt, 4 unmittelbar erledigt und beantwortet. In 4 Fällen hat der Gemeinderat den Wünschen der Erwerbslosen ganz oder größtenteils entsprochen und nur in 2 Fällen eine ablehnende Haltung eingenommen. In diesen beiden letzteren Fällen handelt es sich um die Abgabe von Lebensmitteln anstelle der Suppenspeisung, sowie um die Bezahlung der Feiertage über Weihnachten und Neujahr. Von den 4 ohne gemeinderätliche

Behandlung erledigten Eingaben wurde in einem Fall dem Gesuch teilweise Rechnung getragen (Erhöhung der Arbeitszeit auf der Bleichwiese von 42 auf 45 Stunden in der Woche). Im übrigen hat es sich dabei teils um Fragen gehandelt, die vom Gemeinderat bereits grundsätzlich beschlossen, sachlich also erledigt waren, teils auch um Fragen, die gar nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen.

Festzustellen ist, daß die auf der Bleichwiese beschäftigten Notstandsarbeiter neben ihrem Lohn eine 3malige Unterstützung wie die übrigen Erwerbslosen erhielten, außerdem Mietzinszuschüsse, Brennstoffe, Brot- und Fleischmarken, Stiefel und Gaben aus der Winterhilfe in Höhe von zusammen über 2000 M, neben der Speisung von Kindern. Wenn ihr Lohn um 2 Pfennig in der Stunde niedriger sei als der Tarif, so sei der Lohnausfall von zus. etwa 500 M durch die Unterstützungen mehrfach ausgeglichen. Damit haben einzelne **mehr** erhalten als viele andere Mitbürger verdienen oder zu verbrauchen haben.

Der Beschwerdeführer anerkennt zwar das Geleistete, weist aber darauf hin, daß die Not bei den seit langer Zeit Erwerbslosen besonders groß sei. Er habe nicht drohen, sondern nur auf die Stimmung der Erwerbslosen aufmerksam machen wollen. Zwei Mitglieder des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge bestäti-



Am Montag, den 18. April  
abends 8 Uhr findet im großen  
Saal des Bahnhofhotels eine



## Öffentliche Versammlung

der Nat.-soz. Deutschen Arbeiterpartei  
statt.

Vg. **W. Dreher, Wm** (Mitglied d. Reichstags)

spricht über das Thema:

**„Hitler ruft zu neuem Kampf“**

Erscheint alle.

Unkostenbeitrag 30 Pfg.

Karten im Vorverkauf in der NS-Geschäftsstelle.

**N.S.D.A.P. Ortsgruppe Badnang**

Abb. 129: Annonce im MB vom 15. April 1932 zu einer Veranstaltung der NSDAP am 18. April 1932 im Bahnhofhotel.

gen, daß die Gesuche der Erwerbslosen in entgegenkommendster Weise behandelt worden sind. Damit wird der Gegenstand verlasen.

## 90. Annonce der NSDAP zu einem Vortrag des Regierungsrats von der Knesebeck am 9. April 1932

Quelle: MB 16. April 1932.

**Wir schlagen Hitler endgültig** war die Parole der sog. „Eisernen Front“<sup>22</sup>, mit der sie in den 2. Wahlkampf zog. Die Antwort darauf war ein Zuwachs der Nationalsozialisten mit über 2 Millionen. Dies liegt den Schützern des „Systems“ so in den Knochen, daß sie die SA. und SS. auflösten, der Zweck warum sie es taten war so durchsichtig, dass jeder Nazi nur ein Lachen fand und mit einem „nun erst recht“ in den Landtagswahlkampf ging. Wir kämpfen auch ohne SA., denn die Bewegung sitzt im Herzen,

## Öffentliche Volksversammlung

am **Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr**  
im **Bahnhofhotelsaal.**

Thema 1: **Die reichspolitische Lage nach der Präsidentenwahl.**

„ 2: **8 Jahre Reichsregierung in Württemberg und die Rolle des Nazisvertreters im Landtag.**

Redner: Reichstagsabgeordneter **W. Keil** und Landtagskandidat **Hermann Lachenmaier, Backnang.**

Unkostenbeitrag 20 Pfg.      **Aussprache.**

Die wahlberechtigten Bevölkerung ist hierzu frdl. eingeladen.

**Sozialdemokratische Partei.**

Abb. 130: Annonce im MB vom 18. April 1932 zu einer Veranstaltung der SPD am 20. April 1932 im Bahnhofhotel.

nicht in irgend einer Uniform. Wir kämpfen, bis das „System der Erfüllung“ am Boden liegt und ein wirtschaftlicher und kultureller Wiederaufstieg möglich ist. Wie wir weiterkämpfen sagt Ihnen am **Montag, den 18. April abends 8 Uhr im großen Saal des Bahnhofhotels** der bekannte württembergische **Nationalsozialist Wilh. Dreher**<sup>23</sup>, M.d.R. er spricht dort zu dem Thema: **„Hitler ruft zu neuem Kampfe“**. Unkostenbeitrag 30 Pfg. Karten im Vorverkauf in der NS.-Geschäftsstelle **N.S.D.A.P. Ortsgruppe Backnang**

## 91. Vorbericht der SPD zur Wahlveranstaltung mit Wilhelm Keil<sup>24</sup> am 20. April im Bahnhofhotel

Quelle: MB 19. April 1932.

**Von der Sozialdemokratischen Partei Backnang** geht uns folgender Bericht zu: Der Landtagswahlkampf geht seinem Höhepunkt entgegen. Am Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr spricht im Bahnhofhotel der Spitzenkandidat der württ. Sozialdemokratie **W. Keil**. Die Sozialdemokraten des Bezirks Backnang stellen ihren langjährigen Bezirksvertrauensmann, den Krankenkassenboten **H. Lachenmaier**<sup>25</sup> als Bezirkskandidaten auf, der ja durch seine berufliche Tätigkeit weitesten Kreisen des Bezirks bekannt ist und auch an verschiedenen Orten des Bezirks in Wählerversammlungen sprach, die z. T. sehr stürmisch verliefen, weniger wegen der geistigen Auseinandersetzungen als wie wegen eines geradezu flegelhaften, gemeinen Benehmens von Nazi, besonders in Oberbrüden, Althütte usw. Dabei ist zu verzeichnen, daß ein großer Teil dieser verhetzten jungen Leuten bis vor kurzem noch der K.P.D. nachliefen und es auch offen zugaben. Wir fordern auch an dieser Stelle alle vernünftigen, anständigen Menschen auf, mitzukämpfen, wenn verhütet werden soll, daß unser Schwabenland nach braunschweigschem Muster<sup>26</sup> regiert werden soll. Unser

<sup>22</sup> Ein am 16. Dezember 1931 gegründeter Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen Deutschen Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter Turn- und Sportbundes (ATSB).

<sup>23</sup> Wilhelm Dreher (1892 bis 1969). Seit 1928 MdR und seit 1933 Polizeidirektor in Ulm.

<sup>24</sup> Wilhelm Keil (1870 bis 1968). Politiker und Journalist. 1900 bis 1933 MdL in Württemberg. 1910 bis 1932 MdR.

<sup>25</sup> Hermann Lachenmaier (1896 bis 1972), Wäschereibesitzer. Erster Backnanger Ortsvereinsvorsitzender der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Mitglied des Gemeinderats und Kreistags. BKZ vom 18. Januar 1972.

<sup>26</sup> Bei der Landtagswahl am 14. September 1930 hatte die NSDAP 22,2 % der Stimmen erhalten und bildete daraufhin mit DNVP, DVP, Zentrum und der Wirtschaftspartei die Landesregierung.

**Wer kämpft für die Interessen des schaffenden Volkes?  
Hitler bei den Tagungen der Großindustriellen im Ruhrgebiet?  
Die Sozialdemokraten durch die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungspolitik?  
Darüber spricht in einer**

# **öffentlichen Versammlung**

**Genosse Bollmer M. d. L.**

**am Dienstag, den 19. April, abds. 8 Uhr im Engelsaal**

**Werkstätige Bäcknangs erscheint zahlreich.**

**Unkostenbeitrag 20 Pfg.**

**Erwerbslose frei.**

**Freie Aussprache.**

**Kommunistische Partei Ortsgruppe Bäcknang.**

## **Wählt Liste 5.**

Abb. 131: Annonce im MB vom 18. April 1932 zu einer Veranstaltung der KPD am folgenden Tag im Engel.

## **Württ. Bauern- und Weingärtner-Bund Große Marktversammlung**

**am Mittwoch, 20. April vorm. 11 Uhr im Gasthaus z.  
Stern in Murrhardt.**

**Redner: Landtagsabgeordneter Ellinger-Mittelberg**

**Tagesordnung:**

**Warum brauchen wir auch im kommenden  
Landtag eine starke bäuerliche Vertretung?**

**Hierzu ist jedermann, Alt und Jung, auch Frauen und Töchter,  
dringend und herzlich eingeladen.**

**Der Bezirksauschuß.**

*Genosse Keil mit seiner 30jährigen parlamentarischen Erfahrung, wird gründlich abrechnen mit dem großen Nazibetrug und der Volksverhetzung. Deshalb lautet die Parole am Mittwoch abend, alles, Männer und Frauen, zur Versammlung ins Bahnhofel.*

**92. Aufruf der christlich-deutschen Bewegung<sup>27</sup> zur Landtagswahl**

Quelle: MB 21. April 1932.

Abb. 132: Annonce im MB vom 19. April 1932 zu einer Versammlung des Württ. Bauern- und Weingärtner-Bundes am folgenden Tag in Murrhardt.

**Die christlich-deutsche Bewegung erläßt zu den Wahlen folgenden Aufruf: Klare Front gegen jeden Marxismus, ob freidenkerisch gemäbigt oder gottlos radikal! Niemals werden so**

<sup>27</sup> Vgl. Christoph Weiling: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1998 (= Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 28).

herrliche Güter, wie sie uns im Christentum und in der deutschen Reformation geschenkt sind, in kampfurchtobter Zeit kampflos erhalten und bewahrt! Laßt uns zusammenstehen in einer vaterländischen Front! Die Einwürfe, Lügen und Verdrehungen, denen die Freiheitsbewegung und ihre Führer ausgesetzt sind, kennen auch wir zur Genüge; sie machen uns nicht irre! Gib deine Stimme nicht der Linken, nicht der schwankenden Mitte, sondern der Deutsch-nationalen Volkspartei oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. So hilfst du mit zur Freiheit von Volk und Vaterland, zur Rettung und Festigung der evangelischen Sache.

93. Württembergische Arbeiter fahren zur Maifeier in die Sowjetunion

Quelle: MB 21. April 1932.

**Württembergische Arbeiter fahren nach Moskau.**

In den letzten Tagen haben eine Reihe Versammlungen stattgefunden, die zu dem soziali-

stischen Aufbau in der Sowjetunion und den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten Stellung nahmen. Die russischen Gewerkschaften haben

**Inflation**  
**Soll Rettung sein?!**  
**o glaubt es nicht,**  
**wählt**  
**Liste 9**  
**Volksrecht-Partei!**

Abb. 134: Annonce der Volksrecht-Partei im MB vom 19. April 1932.

## Öffentliche Wähler-Versammlungen

„Um was geht es bei der Landtagswahl?“

Darüber sprechen am **Donnerstag, 21. April** in  
**Badnang, Bahnhofshotel, abends 8 Uhr**  
 Studienrat Dr. **Frey**: Ludwigsburg,

je abends **7.30 Uhr** in

**Großaspach, Gasth. 3. Lamm**, Studienrat **Weigand**: Ludwigsburg

**Oppenweiler, Gasth. 3. Einhorn**, Referendar **Weller**

**Salzbach-Murr, Gasth. 3. Adler**, der Spitzenbewerber im Bezirk Badnang, Rechtsanwalt Dr. **E. Schott**

**Unterweissach, Gasth. 3. Hirsch**, Ing. **W. Maier**: Stuttgart

Hiezu ergeht freundliche Einladung an die Wählerinnen und Wähler.

**Deutschnationale Volkspartei** (Württ. Bürgerpartei)

Abb. 133: Annonce im MB vom 19. April 1932 zu Wähler-Versammlungen der Württ. Bürgerpartei am 21. April 1932 in verschiedenen Orten.

**Die Demokratie hat versagt!**  
 bekennen selbst ehrliche Demokraten. **Darum:**  
**Los von der schwankenden Mitte!**  
 Uns kann nur eine Partei retten, die durchdrungen ist von **sozialer** Gesinnung, von einem tatkräftigen **Christentum** und einem starken **nationalen Geist**.  
 Und diese Partei ist die  
**Deutschnationale Volkspartei!**  
**Darum wählt**  
**6 Liste 6**

Abb. 135: Annonce der Deutschnationalen Volkspartei zur Landtagswahl im MB vom 21. April 1932.

zum 1. Mai größere Arbeiterabordnungen aus den kapitalistischen Ländern eingeladen. Auch von Württemberg werden einige Arbeiter an dieser Maiabordnung teilnehmen. Bis jetzt ist ein Jugendlicher in Heilbronn und ein Arbeiter aus einem Stuttgarter Betrieb gewählt worden, an der Maifeier der Moskauer Arbeiter teilzunehmen.

## 94. Annoncen verschiedener Parteien zum Wahlkampf

Quelle: MB 22. April 1932.

### Ehrlich währt am längsten!

Von Wilhelm **Keil**, Spitzenkandidat der Sozialdemokratie

Die kurze für den Landtagswahlkampf zur Verfügung stehende Zeit gestattet nur einen kleinen Teil der Gemeinden persönlich zu besuchen. Deshalb hier einige Worte über meine Stellung zu den Streitfragen.

**Nicht um persönlicher Vorteile willen** habe ich mich dem Wunsch meiner Freunde gemäß wieder für die Landtagswahl zur Verfügung gestellt. Da ich gleichzeitig Reichstagsabgeordneter bin, beziehe ich für die Landtagsarbeit keine Entschädigung; diese Arbeit bedeutet für mich nur eine Mehrbelastung. Als ein seit Jahr-

zehnten im politischen Kampf stehender Mann glaubte ich, mich aber in dieser schicksalsschweren Zeit der Mitarbeit nicht entziehen zu sollen.

**Mit hohlen Redensarten, Radaupolitik und Gewaltdrohungen lassen sich die Folgen des größten Kriegs** der Weltgeschichte nicht überwinden. Dazu ist gewissenhafte sachliche Arbeit erforderlich und ein sozialer Sinn, der den Leistungsfähigsten die größten Opfer zumutet, den Leistungsschwächsten und Hilfsbedürftigsten die größtmögliche Schonung und Hilfe gewährt. **Kriegsfolgen** bekämpft man am wirksamsten durch Vermeidung der **Ursachen**, nämlich des Kriegs. Als Kleinbauernsohn, der in seiner Jugend in der elterlichen Wirtschaft kräftig mitarbeiten mußte, als Handwerksgehilfe, der den Kleinbetrieb und die Fabrik kennen lernte und auch das Los des Erwerbslosen zu kosten bekam, als langjähriger Zeitungsmann u. Abgeordneter, der in dauernder Fühlung mit den verschiedensten Berufsständen steht, habe ich Einblick nehmen können in die **Lebensnöte aller schaffender Volkskreise in Stadt und Land**. Es gibt nur **ein** „System“, das man für diese Nöte verantwortlich machen kann, das ist das System des **Kapitalismus**, das uns in den Krieg geführt und nach dem Krieg völlig bankrott gemacht hat. **Dieses** System greifen die nationalsozialistischen Systembekämpfer aber **nicht** an, weil sie von der Unterstützung des Großkapitals leben. Nur die **Sozialdemokratie** will den bankrotteten Kapitalismus durch eine geordnete Planwirtschaft ersetzen, bei der an die Stelle des großkapitalistischen Profitprinzips das Prinzip der Bedarfsdeckung tritt. Nur eine solche Wirtschaftsordnung verbürgt allen Schaffenden eine **gesicherte Existenz**.

Für die vielen **Versäumnisse, Fehler, Halbheiten und sozialen Ungerechtigkeiten** in der württembergischen Politik und Verwaltung kann die Sozialdemokratie keine Schuld treffen, da sie seit 8 Jahren von jedem Einfluß auf die Regierungspolitik **ausgeschaltet** ist. Trotz ihrer Bereitschaft zur Verantwortung hat man die Sozialdemokratie auch nach ihrem Wahlsieg von 1928 zurückgestoßen. Man hat wieder eine reine **Bürgerblockregierung** gebildet.

Wir haben dann sehen müssen, daß die **Arbeiter** als Bürger zweiter und dritter Klasse behandelt, daß die Lebensbedürfnisse der **Kleinbauern** nicht berücksichtigt, daß die **Kleinhandwerker** nach wie vor mit einer überhöhten Gewerbesteuer, die Gebäudebesitzer mit

einer überhöhten **Gebäudeentschuldungssteuer** belastet, daß die **Gemeinden** vom Staate finanziell zu kurz gehalten, daß bei den **höheren Schulen** mit Scheffeln, bei den **Volksschulen** mit homöopathischen Dosen gemessen, daß nach links übertrieben harte, nach rechts äußerst schonende **Gerichtsurteile** gefällt, daß von der hohen Bürokratie die **Staatsfeinde** begünstigt, die **Staatsfreunde** bekämpft, daß notwendige **Sparmaßnahmen** unterlassen, einer **Großbank** Steuergeschenke angeboten wurden usw.

Die einzige **Oppositionspartei**, die scharf und nachdrücklich gegen diese Zustände auftrat, war die **Sozialdemokratie**. Der Nationalsozialist **Mergenthaler**<sup>28</sup> stützte die Regierung Bolz<sup>29</sup>, die er jetzt befiehlt. Im übrigen spielte er eine bedeutungslose Rolle im Landtag, genau wie die **Kommunisten**. Es gibt keinen nationalsozialistischen oder kommunistischen **Zauberkünstler**, der seine tausend Versprechungen erfüllen könnte.

## Oeffentlicher Vortrag

von Herrn **Schulrat Kimmich, Gßlingen** über  
**„Weltanschauung und Erziehung“**  
**am Freitag, 22. April im Bahnhofshotel**  
**(Pl. Gaal) 8 Uhr abends.**

Wir laden alle Erzieher und insbesondere auch die Eltern von Kindern zu diesem grundlegenden Vortrag herzlich ein.

## Tannenbergbund Backnang

Abb. 136: Annonce im MB vom 21. April 1932 zur Veranstaltung des Tannenbergbunds im Bahnhofshotel am folgenden Tag.

**Verantwortungsbewußt** wie seither so wollen wir Sozialdemokraten auch künftig den **Notständen im Staats- und Volksleben zu Leibe** gehen. **Ehrlich** treten wir ein für die **Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte** und die **Hebung der wirtschaftlichen Lage** unserer schaffenden Volksgenossen in Stadt und Land. Wir wissen: **Ehrlich währt am längsten**. Ich empfehle deshalb zu wählen: **Liste 1, Sozialdemokratie!**

## Gegen eine Verleumdung! Erklärung zur Rede des Reichstagsabgeordneten Dreher-Ulm.

Wie mir aus Kreisen der Sozialdemokratischen Partei Backnang mitgeteilt wird, hat der Reichstagsabg. Wilhelm Dreher in einer öffentlichen Versammlung in Backnang am 18. April 1928 behauptet: „Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Schumacher<sup>30</sup> saufe bald täglich mit zweifelhaften Damen in den Bars Sekt, während die Proleten nichts zu fressen hätten.“ Diese Behauptung des Abg. Dreher entbehrt jedes, auch des geringsten tatsächlichen Anhaltspunktes. Der Abg. Dreher, der sich hier so unvorsichtig über **andere** ausspricht, weiß selbst ganz genau, daß er damit **bewußt die Unwahrheit** ausgesprochen hat.

Diese Methode wird von den Nationalsozialisten gegen mich seit längerer Zeit angewandt. U. a. hat die nationalsozialistische Führung durch untergeordnete Leute monatelang das Gerücht verbreitet, daß ich, der ich zahlreiche schwerste Kriegsverletzungen habe, mich selbst verstümmelt hätte. Die drei Personen, die ich wegen Verbreitung dieses Gerüchtes fassen konnte und die Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen waren, sind im Officialverfahren von der Staatsanwaltschaft angeklagt und vom Gericht zu schweren Geldstrafen verurteilt worden. Der frühere Sturmführer 1/119, den das Gericht zu 250 M Geldstrafe bzw. 50 Tage Gefängnis verurteilt hatte, erklärte auf Vorhalt des Gerichts: „**Ich selbst habe nie daran geglaubt**, was ich über Herrn Dr. Schumacher gesagt habe. Ich habe mich nur geärgert, daß dieser Mann bei den marxistischen Vaterlandsverrätern ist.“

Demselben **System der Ehrabschneiderei** gehört auch die Aeufßerung des Abg. Dreher an. Ich habe Strafanzeige gegen den Abg. Dreher bei Gericht erstattet und wenn der Abg. Dreher auch nur die Spur von Ehrgefühl hat, dann wird er auf seine **Immunität verzichten** und vor Gericht **ohne Immunität** denselben „Mut“ beweisen, den er bei der Ehrabschneiderei unter dem Schutz der Immunität gezeigt hat.

Im übrigen überlasse ich das Urteil über eine Partei, die sich solcher Männer und solcher Kampfweise bedient, den **anständigen Leuten**.  
**Dr. Kurt Schumacher, Mitglied des Reichstags.**  
 Stuttgart, 20. April 1932

<sup>28</sup> Christian Mergenthaler (1884 bis 1980). Lehrer, NSDAP-Politiker. 1928 bis 1932 einziger Abgeordneter der NSDAP im württembergischen Landtag. 1933 bis 1945 württembergischer Ministerpräsident und Kultminister.

<sup>29</sup> Eugen Bolz (1881 bis 1945). Zentrums-Politiker. 1928 bis 1933 württembergischer Staatspräsident.

<sup>30</sup> Kurt Schumacher (1895 bis 1952). SPD-Politiker. 1924 bis 1931 MdL in Württemberg. 1930 bis 1933 MdR.

## Keine Ausgabe ohne Deckung!

sagt der deutschnationale Finanzminister  
**Dr. Dehlinger.** Durch ihn ist  
Württemberg das bestverwaltete Land in  
Deutschland mit den gesündesten Finanzen.

**Damit es so bleibt**

## Wählt Liste 6

Abb. 137 + 138: Zwei Annoncen der Deutschnationalen Volkspartei zur Landtagswahl im MB vom 22. April 1932.

### Wählt Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Seit acht Jahren ist die Sozialdemokratie von der Landesregierung ausgeschaltet. Sie ist nicht verantwortlich für die zahlreichen Fehler und Ungerechtigkeiten, die auf landespolitischem Gebiet zu verzeichnen sind.

Die Behandlung der Arbeiterschaft als Stiefkinder des Staates, die übermächtige Belastung von Kleinhandwerk und Kleingewerbe durch die Gewerbesteuer, die mit erhöhten Sätzen erhobene Gebäudeentschuldungssteuer, die steuerliche Schonung der Großindustrie, die großen Geschenke an das Haus Württemberg, die Verschleuderung von Staatseigentum, die Vernachlässigung der Interessen der Kleinelandwirtschaft, die ungleiche Behandlung der Volksschulen und der Hochschulen, die Begünstigung des Rechtsradikalismus durch Polizei und Gerichte – das alles sind Werke der Regierung Bolz-Bazille-Dehlinger-Maier<sup>31</sup>. Kann nicht alle Not und Pein der Gegenwart von der Landesregierung beseitigt werden, so sind doch auf vielen Gebieten Milderungen möglich. Hier haben die Parteien versagt, die jetzt an der Regierung waren.

Von den Kommunisten, den Nazis und ihren deutschnationalen Gönnern ist keine Besserung, sondern nur der Raub der Volksrechte und die innen- und außenpolitische Katastrophe zu erwarten. Darum nieder mit ihnen! Laßt den Landtag nicht in eine Radaubude umwandeln! Seid euch des Ernstes eurer

## Landtagswahl Württemberg 1932

1	
2	
3	
4	
5	
6	Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) 
7	
8	
9	
10	
11	



Abb. 138.

**Aufgabe bewußt und wählt Sozialdemokraten.** Statt unerfüllbarer Versprechungen gibt die Sozialdemokratie die Versicherung, daß sie alle Kräfte einsetzen wird für steuerliche Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Gesundung, für Sicherung der Existenz aller Volksgenossen in Stadt und Land, für eine friedliche Entwicklung der inneren und äußeren Politik Deutschlands. Wählt darum Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

### Ein Aufruf der Führer des Mittelstandes

Die sächsischen Landtagsabgeordneten Minister a. D. Dr. Weber<sup>32</sup> und Handwerksoberrmeister Kaiser, die kürzlich aus der Wirtschaftspartei ausgeschieden und zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten sind, veröffentlichten im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen folgende Erklärung:

„Die Wahlen müssen den Wendepunkt zum Neuaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft bringen. In den 13 Jahren nach dem Kriege hat die marxistische Herrschaft alle Volks- und Berufsschichten und damit das Vaterland an den Rand des Abgrundes gebracht. Auf dem gesamten Mittelstande, auf Handwerk und Gewerbe, die einst die Grundlage für das Aufblühen Deutschlands bildeten, lastet heute

<sup>31</sup> Zu Alfred Dehlinger siehe Anm. 15, zu Eugen Bolz siehe Anm. 26. Wilhelm Bazille (1874 bis 1934). Jurist und DNVP-Politiker. 1924 bis 1928 württembergischer Staatspräsident. 1919 bis 1932 MdL Württemberg und 1924 bis 1930 MdR. Reinhold Maier (1889 bis 1971). DDP-Politiker. 1930 bis 1933 Wirtschaftsminister in Württemberg. 1932/33 MdR.

<sup>32</sup> Hugo Weber. 1927 bis 1930 Finanzminister in Sachsen.

die Verzweiflung. Dem Mittelstande kann nur eine radikale Abkehr von den heutigen marxistischen Methoden helfen. Eile tut not, damit nicht inzwischen noch das letzte Stück eigener Substanz verwirtschaftet wird. Hilfe können nur Männer von Erfahrung und Kenntnis bringen, Persönlichkeiten, die sich nicht in parteipolitischem Denken erschöpfen, Männer, die das jetzige Elend klar erkennen und schöpfen, Männer, die das jetzige Elend klar erkennen und vorausgesagt haben, die bisher einen unerbittlichen Kampf gegen das marxistische System geführt, aber auch Vorschläge für Wege der Wiederaufbaumöglichkeiten gezeigt haben. Das Schicksal des einzelnen Berufsstandes kann nicht entschieden werden durch das Stre-

ben nach kleinen Sondervorteilen, sondern ergibt sich aus einem **Neuaufbau** der deutschen Wirtschaft und Kultur. Deshalb ist es auch unmöglich, daß dem Mittelstand durch politische Sondervorgänge geholfen werden kann. **Er muß den Anschluß haben an eine große nationale Volks- und Parteibewegung.** Die Wirtschaftspartei hat in völliger Verkenning der Interessen des deutschen Mittelstandes durch ihre wiederholten Abstimmungen im Reichstage das System gestützt, das den Mittelstand in die verzweifelte wirtschaftliche Lage gebracht hat. **Der Mittelstand gehört entschieden in die nationale Front und keine Stimme für diese darf aus den Reihen des Mittelstandes verloren gehen.** Der Mittelstand war von jeher **national**

# Deutsche demokratische Partei

## Liste 4

**Wir kämpfen gegen jeden Radikalismus**

gegen Sowjetstern und Hakenkreuz  
gegen roten und braunen Sozialismus

**für bodenständige schwäbische Volkspolitik**  
**für Erhaltung und Kräftigung des Mittelstands**

in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft,  
für ein gesichertes und zuverlässiges Berufsbeamtentum.

**Wählt Liste 4**

**Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier.**

Abb. 139: Annonce der DDP zur Landtagswahl im MB vom 23. April 1932.

# Handwerker Gewerbetreibende Mittelständler!

Versprechen — Not — Elend — Korruption sind  
die Meilensteine der Systemparteien. Denkt daran,

**wählt Liste 10.**

Abb. 140: Annonce der NSDAP zur Landtagswahl im MB vom 23. April 1932.

## Landwirtschaft und Mittelstand macht bei der Landtagswahl

das  
Wahl-  
zeichen



bei

# 3

**Württ. Bauern- und Weingärtnerbund**

Abb. 141: Annonce des Bauern- und Weingärtnerbundes zur Landtagswahl im MB vom 23. April 1932.

und muß sich wieder zum entschiedenen  
Nationalismus bekennen, wie ihn die **Deutsch-  
nationale Volkspartei** unter ihrem Führer

Hugenberg vertritt. **Hugenberg** ist für den  
Mittelstand der Mann, der auch sein Führer ist  
und allseits werden muß. Wir rufen daher dem  
Mittelstand in Handwerk und Gewerbe zu:  
**Hände weg von den sogen. Mittelparteien und  
hinein in die Deutschnationale Volkspartei!**  
Wer seine Existenz retten will, wer erkannt hat,  
daß sich der Aufbau nur unter sachkundiger  
Führung vollziehen kann, der wähle am 24.  
April **Deutschnational! 6 Liste 6**

95. Annoncen verschiedener Par-  
teien und Berichterstattung zum  
Wahlkampf

Quelle: MB 23. April 1932.

Zwischen der **Wirtschaftspartei** und der  
**Volkspartei** ist für die Landtagswahl ein Wahl-  
abkommen getroffen, wonach die Wirtschafts-  
partei die **Liste 7** unterstützt.

Die **mittelständischen Programmforde-  
rungen** so vor allem:

Erhaltung und Förderung der freien Privat-  
wirtschaft, Aufhebung der Zwangswirtschaft auf  
allen Gebieten, Vereinfachung der Steuerge-  
setzgebung, Senkung der Realsteuern, Beseiti-

gung der Gebäudeentschuldungssteuer, völlige Umgestaltung der Gewerbesteuer, Einführung der Filialsteuer und Warenhaussteuer, Eindämmung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, Schutz dem Mittelstand wird die Volkspartei mit aller Entschiedenheit verfechten. Das Wahlabkommen soll ein weiterer Schritt zur Einigung des nationalen Bürgertums sein. Darum hinweg mit allen Schranken und wählt Liste 7

**Liste 7 Geeinigtes Bürgertum Liste 7 Deutsche Volkspartei Volkskonservative Vereinigung Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).**

Der Württ. Bürgerpartei und dem von ihr gestellten Finanzminister Dr. Dehlinger ist es in erster Linie zu verdanken, wenn Württemberg aus dem deutschen Niedergang als das bestverwaltete Land mit den gesündesten Finanzen herausragt, u. wenn Not, Elend u. Arbeitslosigkeit bei uns noch nicht das Ausmaß angenommen haben, wie in anderen deutschen Ländern. **Alle Stimmen der Liste 6** Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei).

**Ein Christlich-Sozialer, der geheilt ist.**

Der kürzlich zur **Deutschnationalen Volkspartei** übergetretene **christlich-soziale Landtagsabgeordnete Rödder** sagt in einer Erklärung u. a.: „Nachdem ich vor einigen Monaten in den Preußischen Landtag eingedrückt bin und dort der Gruppe des Christlich-sozialen Volksdienstes angehört habe, mußte ich bald einsehen, daß der **Christl.-soziale Volksdienst den Erwartung in keiner Weise entspricht, die seine Wähler im Lande hegen.** Ich fand an Stelle einer parlamentarischen Gruppe, die die Vertretung nationaler Staatsauffassung mit entschiedenster Wahrnehmung christlicher Weltanschauung verbinden sollte, eine Gruppe von Parlamentariern vor, die im Landtag **vollkommen einflußlos nur in Anlehnung an die Mitte – vor allem das Zentrum** – ihre politische Existenz zu fristen suchte. Diese Haltung kann ich nicht mitmachen.

Als evangelischer Christ, als nationaldenkender Deutscher, als entschiedener Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sehe ich eine Möglichkeit, für die Gesundung Deutschlands zu arbeiten, nur noch in den Reihen der

DNVP. gegeben. Nur wenn unter Hugenbergs Führung sich alle Kräfte verbinden und der Kampf gegen das herrschende System mit aller Entschiedenheit geführt wird, nur so können wir in der jetzigen schweren Zeit die Grundlagen für den Wiederaufbau sichern und damit dann auch allen Berufsständen wirksam helfen. Kampf gegen das herrschende System ist **die beste Sozialpolitik**, denn er soll zu Zuständen führen, in denen der Arbeiter wieder Brot und Arbeit findet.“

**Wählt Liste 6** Deutschnational!

**Staatsbürger! Steuerzahler!** Vor der Wahl ist eine doppelt ernste Prüfung der Parteien nötig, denen Ihr auf 4 Jahre Euer Vertrauen schenken wollt. Prüft, was zu Eurem Nutzen der **sparsame, unbestechlich gerechte, jeder Phrase abholde deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger** für Euch in treuer Pflichterfüllung getan hat. Keinem Einzelnen zuliebe, keinem Einzelnen zuleide, aber dem **Gesamtwohl zum Nutzen**, so wirkte er bisher, so muß er auch weiter wirken können **damit Württembergs Wirtschaft nicht auch untergehe.**

Wollt Ihr das Wohl des ganzen Volkes und damit Euer Wohl, so dankt ihm mit dem Stimmzettel **Deutschnationale Volkspartei Nr. 6 (Württembergische Bürgerpartei)**

**„Der Kampf um ein nationales Württemberg“**

Am Donnerstag, den 21. April fand im „Einhorn“ in **Oppenweiler** eine ausgezeichnet besuchte Versammlung der **Deutschnationalen Volkspartei** statt, in der Herr Referendar A. **Weller-Stuttgart** über das obige Thema sprach. Die in überraschend großer Anzahl Erschienenen folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den klaren und sachlichen Ausführungen des Redners, der über die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahl des nächsten Sonntags sprach. Gilt es doch durch diese Wahl zu verhindern, daß wir in Württemberg die üble Parteibuchpolitik des roten Preußen bekommen, das System, das mit Naturnotwendigkeit zu den Skandalen der Barmat, Kutisker, Sklarek und Genossen<sup>33</sup> führt. Demgegenüber haben wir in Württemberg, insbesondere dank der aufopfernden Tätigkeit des deutschnationalen Finanzministers Dr. Dehlinger eine gesunde, ehrliche, anständige und sparsame Verwaltung erhal-

<sup>33</sup> Große Korruptionsskandale in der Weimarer Republik, deren Protagonisten Juden waren, die Politiker der republiktreuen Parteien bestachen – von den republikfeindlichen Parteien gerne benutzt, um gegen die Weimarer Republik zu hetzen

ten, die Württemberg zum Muster im ganzen Reich gemacht hat. Reicher **Beifall** dankte dem Hauptredner. Ebenso warm wurden die Worte aufgenommen, die der deutschnationale Spitzenkandidat des Bezirks, Rechtsanwalt Dr. **Schott**, der später von Sulzbach kommend, in Oppenweiler eintraf, an die Versammlung richtete. Er beleuchtete vor allem den Gegensatz von Preußen und Württemberg und legte den Standpunkt klar, wie er sein Amt als Abgeordneter führen wird. – Die Versammlung schloß mit einem Appell, die **Deutschnationale Liste, Nr. 6**, zu wählen.

In der Anzeige „**Gegen eine Verleumdung**“ (Erklärung zur Rede des Reichstagsabg. **Dreher-Ulm**) muß es eingangs richtig heißen: „hat der Reichstagsabg. Wilh. Dreher in einer öffentl. Versammlung in Backnang am **18. April 1932** (nicht 1928) behauptet: [...]“.

## Das Ergebnis in Württemberg

Landtagswahl 1928		Landtagswahl 24. April 1932	
	1 653 216	<b>Stimmberchtigte</b>	1 756 247
	1 138 238	<b>Abgegebene Stimmen</b>	1 250 147
	1 121 093	<b>Gültige Stimmen</b>	1 244 774
Sitze	Stimmen	Stimmen	Sitze
21	267 077	<b>1. Sozialdemokraten</b>	<b>206 572 14</b>
16	219 846	<b>2. Zentrum</b>	<b>254 675 17</b>
15	202 481	<b>3. Bauernbund</b>	<b>133 645 9</b>
8	113 196	<b>4. Demokraten</b>	<b>59 689 4</b>
6	82 525	<b>5. Kommunisten</b>	<b>116 644 7</b>
4	64 131	<b>6. Deutschnationale</b>	<b>53 410 3</b>
4	57 758	<b>7. Deutsche Volkspartei</b>	<b>19 319 —</b>
3	43 440	<b>8. Christl. Volksdienst</b>	<b>52 352 3</b>
2	37 098	<b>9. Volksrechtspartei</b>	<b>16 733 —</b>
1	20 342	<b>10. Nationalsozialisten</b>	<b>328 188 23</b>
<b>—</b>	<b>80</b>		<b>80</b>

Abb. 142: Ergebnis der Landtagswahl in Württemberg (MB vom 25. April 1932).

	Stimmberchtigt	Stimmföhigke	Abgestimmt	Ungültig	Gültige Stimmen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	% abgestimmt
						Sozialdemokr.	Zentrum	Bauernbund	Demokraten	Kommunisten	Deutschnationale	Deutsche Volksp.	Chr. Volksdienst	Volksrechtspartei	Nat.-Sozialisten	
Badnang	6299	65	4244	14	4230	467	153	275	155	909	417	83	268	88	1415	67
Bülmersbad	338	1	185	—	185	12	—	85	—	6	2	—	3	5	72	55
Althütte	515	2	296	—	296	8	—	91	1	6	13	2	9	—	166	57
Bruch	116	1	96	—	96	—	—	30	—	—	1	—	—	—	65	82
Cottenweiler	138	—	98	—	98	2	—	44	—	1	—	—	6	—	45	71
Ebersberg	138	3	81	—	81	21	35	—	—	8	1	2	—	—	14	58
Fornsbad	503	2	272	1	271	11	—	120	3	14	3	—	7	2	111	54
Grab	338	7	233	—	233	2	—	56	2	4	3	—	—	—	166	69
Großalpad	767	3	441	2	439	33	1	129	—	28	16	4	23	4	201	57
Großelach	360	5	152	—	152	11	2	33	1	2	4	1	9	4	85	42
Heiningen	151	—	76	—	76	3	—	47	—	2	—	—	1	—	23	50
Heutensbad	157	—	101	—	101	9	—	17	—	2	2	—	2	—	69	64
Jug	181	2	104	—	104	12	—	—	—	61	1	—	1	1	25	51
Lippoldsweiler	401	2	165	—	165	7	6	77	2	16	6	2	7	—	42	40
Maubach	247	1	144	—	144	6	—	56	—	18	1	1	5	3	54	57
Murrhardt	3003	41	1726	4	1722	221	7	327	93	181	108	28	57	22	678	57
Neufürkenhütte	133	2	49	—	49	4	—	1	—	3	5	—	1	—	35	35
Oberröden	525	7	239	1	238	7	—	85	4	49	9	2	12	1	69	45
Oberröden	251	—	149	1	148	10	1	46	—	3	2	1	10	2	73	59
Oppenweiler	363	6	225	—	225	3	14	24	1	11	15	1	4	—	152	61
Reichenberg	635	80	440	2	438	23	14	167	6	71	16	12	18	2	109	63
Rietzenau	263	1	188	—	188	4	—	47	1	4	8	—	5	2	117	70
Schjelberg	382	5	131	1	130	8	—	63	1	12	1	—	3	—	42	34
Spiegelberg	453	15	274	1	273	50	—	61	8	35	13	1	20	2	83	50
Steinbach	531	5	265	1	264	29	10	57	3	25	13	3	14	2	108	50
Stämpfelbach	171	2	102	—	102	2	2	67	—	2	5	—	—	—	24	59
Sulzbach a. M.	1646	23	931	1	930	51	2	148	26	42	28	3	87	15	528	56
Unterbrüden	251	—	126	1	125	8	—	41	—	40	4	—	4	—	28	50
Unterweißach	603	6	325	3	322	16	1	107	3	11	35	—	8	1	140	53
Waldrems	194	—	117	—	117	12	—	63	—	7	—	—	2	—	33	60
Oberamtsbezirk	20135	287	11975	33	11942	1052	248	2364	310	1576	732	146	586	156	4772	59

### Einzelresultate von Badnang

Badnang 1	1481	6	999	1	998	128	35	37	20	372	45	8	40	9	303	67
Badnang 2	991	12	682	3	679	61	28	9	24	174	93	15	52	9	214	69
Badnang 3	1104	9	688	4	684	80	36	17	26	85	63	14	60	23	280	62
Badnang 4	862	10	602	3	599	52	31	56	28	48	88	18	37	22	219	70
Badnang 5	1359	10	960	1	959	141	20	28	42	223	103	23	56	21	302	70
Badnang 6	203	—	136	1	135	—	—	97	—	2	3	—	2	—	31	61
Badnang 7	61	2	44	—	44	2	—	24	—	—	—	—	2	—	16	72
Badnang 8	233	16	133	1	132	3	2	7	15	5	22	5	19	4	50	57

Badnang 1 — Ortsarzenkassa, 2 — Rathaus, 3 — Realschule, 4 — Ev. Vereinshaus, 5 — Präparandenanstalt,  
6 — Unterhöfenthal, 7 — Stiftsgrundhof, 8 — Krankenhaus und Stalgader

Abb. 143: Ergebnis der Landtagswahl im Oberamtsbezirk Backnang (MB vom 25. April 1932).

# Der neue Preußen-Landtag

Berlin, 25. April. Abgegebene Stimmen 22 069 849, Wahlbeteiligung 81 Prozent.

			20. Mai 1928	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
Sozialdemokraten	4 674 943	93	5 467 200	140
Deutschnationale	1 524 931	31	3 276 400	71
Zentrum	3 374 413	67	2 738 900	71
Kommunisten	2 819 602	57	2 238 400	49
Deutsche Volkspartei	330 807	7	1 602 800	39
Volkrechtspartei	44 119	—		
Wirtschaftspartei	191 032	—	855 700	20
Deutsches Landvolk	153 562	—	277 500	23
Deutsche Staatspartei	352 441	2	840 300	2
Nationalsozialisten	8 008 219	162	552 700	6
Deutschnanner	63 803	1		
Christl.-Soz. Volksdienst	255 068	2	72 900	4
Sonstige	288 898	—		

Abb. 144: Ergebnis der Landtagswahlen in Preußen (MB vom 25. April 1932).